



Unheilvolle Allianz

Wie der weltgrößte Atomkonzern die Atomkraft puscht und sogar beim Angriff auf die Ukraine mitmischt, warum die französische Regierung ihn protegert und welche Rolle die Atomfabrik in Lingen dabei spielt

Schwerpunkt Seite 6–11

Foto: Framatome / Cyrille Dupont

Kein Wald

Mitten im Naturschutzgebiet will Polen sein erstes AKW bauen

Seite 18/19

Kein Uran

Der Putsch im Niger könnte die Atomindustrie in die Bredouille bringen

Seite 16/17

Kein Sinn

152 Castoren sollen nach Ahaus rollen – und vielleicht wieder zurück?

Seite 14/15

Inhalt

3 Editorial

4 Anti-Atom-Meldungen

6 Der Atom-Riese

Einleitung | Der russische Staatskonzern Rosatom ist der größte Player im weltweiten Atomgeschäft. Im Auftrag des Kreml verbreitet er Atomkraft in alle Welt – und ist auch am Angriff auf die Ukraine beteiligt. Ein Überblick

8 Enge Bande

Hintergrund | Wie der staatliche französische Atomkonzern Framatome mit seinem russischen Gegenpart kooperiert und Sanktionen im Atomsektor verhindert

10 Im Sicherheitsbereich

Hintergrund | Berührt der Einstieg von Rosatom in die Brennelemente-Fertigung in Lingen bundesdeutsche Sicherheitsinteressen? Das legen Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums nahe

12 Zweifel säen

Fragen & Antworten | Die Atom-Lobby bemüht sich weiter, den Atomausstieg in Misskredit zu bringen und Zweifel an der Energiewende zu säen. Welche Atom-Fragen Dein Umfeld und Dich bewegen, wollte .ausgestrahlt im Sommer wissen. Eine Auswahl davon beantworten wir hier

14 Atommüll auf Abwegen

Hintergrund | Vieles deutet darauf hin, dass schon bald 152 Castor-Behälter mit hochradioaktivem Müll von Jülich nach Ahaus rollen könnten. Dabei sind die Zwischenlager an beiden Standorten ungeeignet. Von einer konzeptlosen Atommüll-Politik

16 Aufstand gegen die Kolonial-Kraft

Hintergrund | Die Putschisten in Niger stoppen die Uran-Exporte. Das könnte auch die französische Atomindustrie in die Bredouille bringen, die bis heute die Hand auf die Uranvorkommen in der ehemaligen Kolonie hält

18 „Man verspricht uns goldene Straßen“

Porträt | Agnieszka Olszewska (45), lebt in Deutschland und Polen. Gemeinsam mit anderen Atomkraftgegner*innen von Bałtyckie-SOS wehrt sie sich gegen die Pläne der Regierung, an der polnischen Ostseeküste ein AKW zu errichten und damit in die Atomkraft einzusteigen

20 .ausgestrahlt-Shop

21 Es ist noch nicht vorbei

Aufruf | Gemeinsam gegen Atomenergie. Jetzt .ausgestrahlt fördern!

22 Rückblick

24 Castor-Transporte ins Zwischenlager Ahaus

Infografik | Um die 180 Castor-Behälter mit hochradioaktivem Atommüll könnten ab 2024 nach Ahaus rollen – in das am schlechtesten geschützte Zwischenlager Deutschlands

Über .ausgestrahlt

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir unterstützen Atomkraftgegner*innen, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen.

Rund 3.700 Förder*innen legen mit ihrer regelmäßigen kleinen oder großen Spende die Basis für die kontinuierliche Anti-Atom-Arbeit von .ausgestrahlt – vielen Dank!

ausgestrahlt.de/foerdern

Viele nutzen die Angebote von .ausgestrahlt für ihr Anti-Atom-Engagement. Hinter .ausgestrahlt steckt ein derzeit 14-köpfiges Team von Angestellten und Ehrenamtlichen.

ausgestrahlt.de/ueber-uns

Kommen und Gehen

Timo Luthmann arbeitet seit Juli nicht mehr bei .ausgestrahlt.

.ausgestrahlt folgen

.ausgestrahlt-Kanäle gibt's auf



Der .ausgestrahlt-Newsletter informiert Dich alle zwei bis drei Wochen kostenlos per E-Mail über aktuelle Entwicklungen und Aktionen. ausgestrahlt.de/newsletter

Beim .ausgestrahlt-Podcast gibt's aktuelle Anti-Atom-Themen auf die Ohren.

ausgestrahlt.de/podcast

Dieses .ausgestrahlt-Magazin erscheint drei bis vier Mal im Jahr. Allen Interessierten schicken wir es gerne kostenlos zu. Möchtest Du es nicht mehr beziehen, freuen wir uns über einen Hinweis.

ausgestrahlt.de/magazin

Impressum

.ausgestrahlt

Große Bergstraße 189, 22767 Hamburg
info@ausgestrahlt.de
ausgestrahlt.de

Redaktion: Anna Stender, Armin Simon

Mitarbeit: Bettina Ackermann, Carolin Franta, Horst Hamm, Julian Bothe, Jürgen Rieger, Miriam Tornieporth, Sarah Lahl

Gestaltung: Holger M. Müller (holgermmueller.de); Entwurf:

Marika Haustein, Markus von Fehrn-Stender

Druck: Vettters, Radeburg, auf Recyclingpapier

Auflage: 20.000

V.i.S.d.P.: Armin Simon

Spendenkonto

.ausgestrahlt e.V.

IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00

BIC: GENODEM1GLS

GLS Bank

Spenden sind steuerlich absetzbar.



Fotos: Sitara Ambrosio

Anti-Atom-Protest bei deutsch-französischer Kabinettsklausur in Hamburg am 9. Oktober



Das große Zerren

Liebe Leser*in,

an allen Ecken und Enden versucht die Atom-Lobby in der EU seit Monaten, finanzielle Unterstützung und wirtschaftlich vorteilhafte Rahmenbedingungen für Atomkraftwerke herauszuschlagen: beim Strommarkt-Modell, beim Net Zero Industrie Act, bei der Erneuerbaren-Richtlinie usw. Dahinter steckt eine selbst ausgerufenen „Atom-Allianz“ von Regierungen, die aus unterschiedlichen Motiven weiter auf Atomkraft setzen. Ihnen ist klar: Ohne massive Unterstützung und ohne dass Staat und Gesellschaft die maßgeblichen Risiken übernehmen, hat Atomkraft keine Chance gegen die wachsende Konkurrenz von immer mehr und billiger verfügbaren erneuerbaren Energien.

Ziel der Atom-Fans ist deshalb, die nukleare Hochrisikotechnik den erneuerbaren Energien gleichzustellen und sie in den Köpfen zumindest als 1b-Lösung zu verankern – und zwar recht-

zeitig, bevor die nächste Reaktorkatastrophe das Atom-Risiko wieder allen vor Augen führt. Diesem Ansinnen müssen wir ebenso entschieden entgegentreten wie den Erzählungen von Wunder- und Kernfusions-Reaktoren, die es allesamt nicht gibt. Gute Argumente und Antworten dazu findest Du auf Seite 12/13.

Wie sich geopolitische und wirtschaftliche Machtinteressen in der Atomfrage verstricken, zeigt sich unter anderem in Niger (Seite 16/17). Nirgends aber werden die Folgen so deutlich wie bei der unheilvollen Allianz zwischen dem französischen Staatskonzern Framatome und dem russischen Atom-Riesen Rosatom, die wir auf Seite 6–9 ausführlich beleuchten. Rosatom agiert als rechte Hand des Kreml und nimmt sogar beim Angriff auf die Ukraine eine aktive Rolle ein. Die Bundesregierung hat monatelang geprüft, welche Sicherheitsrisiken aus dem geplanten Einstieg von Rosatom in die Brennelemente-Fertigung im niedersächsischen Lingen erwachsen könnten. Auskunft dazu erteilen will sie nicht: Die Offenlegung

ihrer Erwägungen, schreibt sie, könne auch „weiterhin deutsche Sicherheitsinteressen beeinträchtigen“ (Seite 10/11).

Ein unwürdiges Geschacher, Taktieren und Nichtstun von Bundesregierung und Landesregierung NRW droht derweil, eine ganze Lawine von Castor-Transporten loszutreten. 152 Behälter mit hochradioaktiven abgebrannten Brennelementen aus dem nach Störfällen stillgelegten Kugelhaufenreaktor in Jülich sollen quer durch NRW ins Zwischenlager Ahaus rollen – und in einigen Jahren womöglich sogar wieder zurück (Seite 14/15 und 24).

Auch nach Abschaltung der letzten AKW in Deutschland gibt es also viel zu tun. Wenn auch Du der Meinung bist, dass es dafür weiterhin eine starke Anti-Atom-Organisation braucht, dann unterstütze die Arbeit von .ausgestrahlt gerne mit einer einmaligen oder regelmäßigen Spende. Als Dankeschön gibt's ein Geschenk und eine Verlosung (Seite 21).

Armin Simon
und das ganze .ausgestrahlt-Team

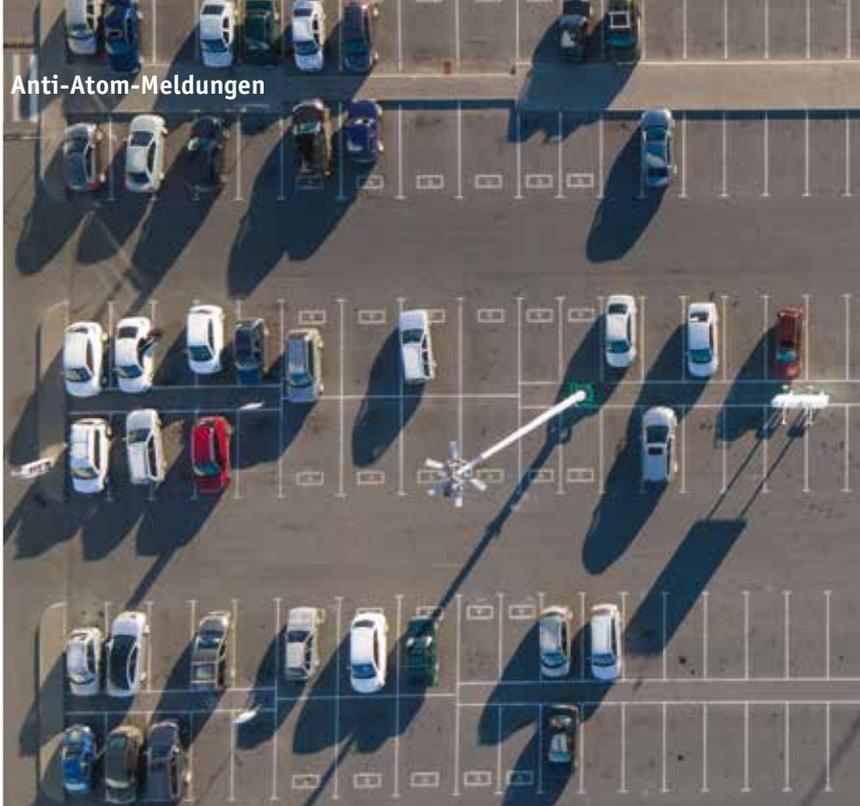


Foto: Chepko / iStock

Schattenparken schlägt AKW-Neubau

Öffentliche Parkplätze in Frankreich mit mit 80 oder mehr Stellplätzen müssen binnen fünf Jahren mindestens zur Hälfte mit schattenspendenden Solarzellen überdacht werden. Nach Branchenangaben wird allein dies zum Bau von 70 Millionen Quadratmetern Solarkraftwerken führen. Bei französischen Sonnenverhältnissen dürften die Schattenparkplätze jedes Jahr locker um die 20 Milliarden Kilowattstunden Solarstrom abwerfen. Das ist mehr als zwei große AKW liefern könnten und noch dazu viel günstiger und schneller zu realisieren als jeder AKW-Neubau. An sonnigen Mittagen könnte die Parkplatzleistung auf bis zu 14 Gigawatt ansteigen, das entspricht der Leistung von einem ganzen Dutzend AKW. Eine PV-Pflicht gilt darüber hinaus auch für Dächer von neuen und sanierten Nichtwohngebäuden und wird 2028 auf alle bestehenden Nichtwohngebäude ausgedehnt.

Q: watson.de 01.08.2023, revolution-energetique.com 17.02.2023

Regen behindert AKW-Kühlung

Starkregen beeinträchtigt im Mai die Kühlsysteme des Schweizer AKW Gösgen unweit der deutschen Grenze. Die Wassermassen schwemmen Treibgut und Sedimente an. Die laut Betreiber „zähe und klebrige Konsistenz“ des Materials verstopft die Siebtrommeln am Wassereinlauf des AKW, deren automatische Reinigung versagt. Dieselpumpen müssen starten, um die Kühlung des Reaktors mit Wasser aus einem zweiten Zulauf sicherzustellen. Der Betreiber des AKW, das seit 44 Jahren am Netz ist, habe die Steuerung der Wasserfassung inzwischen verbessert, teilt die Schweizer Atomaufsicht vier Monate später mit.

Q: nau.ch, 23.09.2023



Trüber Kanal bei Gösgen

Foto: Dietrich Michael Weidmann / Wikimedia

Schwedische Seifenblasen

„Mindestens zehn“ neue AKW sollten in Schweden zwischen 2030 und 2040 entstehen und so die Atomstrom-Produktion verdreifachen, verkündet Klima- und Umweltministerin Romina Pourmokhtari im Sommer mit großem Tamtam. Fragen zu Sicherheitsanforderungen, Standorten und Finanzierung weicht sie aus. Kurz darauf ist die aufsehenerregende Pressemitteilung von der Ministeriums-Homepage allerdings spurlos verschwunden. Die Regierung habe „keine Ziele oder Bewertungen in dieser Detailtiefe festgelegt“, teilt das christdemokratisch geführte Wirtschaftsministerium auf Nachfrage mit. Schweden hat 1980 beschlossen, alle zwölf AKW bis 2010 abzuschalten, dies aber nicht mit einem stringenten Ausstiegsplan untermauert. Trotz andauerndem Hin und Her der Politik ist die Hälfte der Reaktoren inzwischen abgeschaltet. Investitionen in neue AKW seien unprofitabel, hat die Chefin des Staatskonzerns Vattenfall klargestellt, der fünf der sechs verbliebenen Reaktoren betreibt.

Q: taz.de 31.08.2023 und 12.01.2023

EU-Parlament lehnt Subventionen für bestehende AKW ab

Im Ringen um die geplante Reform des europäischen Strommarkts hat das EU-Parlament einen Pro-Atom-Vorstoß französischer Abgeordneter mit großer Mehrheit abblitzen lassen. Diese wollten durchsetzen, dass auch bestehende AKW über garantierte Abnahmepreise bzw. sogenannte Differenzkontrakte gefördert werden dürfen. Frankreich hofft auf diese Weise sowohl die teure Modernisierung seiner Reaktorflotte finanzieren zu können als auch massive Stromsubventionen für Industriekunden fortführen zu können – ohne Rücksicht auf EU-Wettbewerbsregeln. Die Position des EU-Parlaments muss allerdings noch im Trilog mit der EU-Kommission und dem EU-Ministerrat verhandelt werden, in dem die Energieminister*innen der Mitgliedsländer sitzen. Vom Tisch ist der Vorstoß also noch nicht.

Q: euractiv.de 19.07.2023, Tagesspiegel Background 15.09.2023

Eine Milliarde mehr für Fusions-Luftschlösser

Mit der Ankündigung, in den kommenden Jahren mehr als eine Milliarde Euro in Forschung zur Kernfusion zu stecken, sichert sich das FDP-geführte Bundesministerium für Wirtschaft und Forschung Schlagzeilen im Sommerloch – und gießt Wasser auf die Mühlen der Energiewende-Kritiker*innen. Zumal es in seinem „Positionspapier“ falsch behauptet: „Fusionsenergie ist bezahlbar“. Erst auf Nachfrage kommt heraus, dass die einzige Quelle für diese These eine 18 Jahre alte Studie ist. Aktualisiert man deren Annahmen, stützt sie eher die gegenteilige Aussage: dass nämlich Strom aus Kernfusion, sollte er überhaupt jemals auf der Erde erzeugt werden, teurer wäre als jede andere Form der Stromerzeugung. Außer Acht lässt das Ministerium die Option, Fusionsenergie aus dem Weltall zu nutzen. Dabei ist diese schon heute, mit absolut ungefährlicher Technik, unschlagbar günstig zu gewinnen: Solarenergie.

Q: BMBWF 23.06.2023, tagesspiegel.de 05.09.2023



Hackerangriff und „Telefonterror“ wegen Strahlenmüll-Verklappung

Kurz nach Beginn der Verklappung von radioaktiv belastetem Kühlwasser aus dem havarierten AKW Fukushima in den Pazifik stehen in zahlreichen Firmen, Schulen und Behörden in Japan die Telefone nicht mehr still. Wie die Japan Times berichtet, würden sich zum Teil Hunderte von Anrufer*innen in gebrochenem Englisch oder Japanisch, mutmaßlich auch auf chinesisches, über die Einleitung der Strahlenbrühe in den Pazifik beschweren. Angezeigt würden Nummern mit der chinesischen Ländervorwahl +86. Der japanische Premierminister fordert China auf, gegen die belästigenden Anrufe vorzugehen. Auch die internationale Hackergruppe Anonymous protestiert dagegen, „das Meer aus wirtschaftlichen Gründen zu einer Müllhalde zu machen“ und attackiert die japanische Atomlobby mit einer Datenflut.

Q: heise.de 30.08.2023, dpa 18.08.2023

Gericht kippt Genehmigung für geplantes Mega-Zwischenlager in Texas

Ein US-Berufungsgericht hat die von der US-Atomaufsicht erteilte Genehmigung für ein gigantisches Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle bei Andrews in Texas für nichtig erklärt. Abgebrannte Brennelemente sollten dort, in Castor-ähnliche Behälter verpackt, „für 40 oder mehr Jahre“ unter freiem Himmel abgestellt werden. Beantragt war eine Genehmigung für mehr als doppelt so viel Kernbrennstoff, wie in Deutschland insgesamt angefallen ist. Die Richter*innen wiesen darauf hin, dass die US-Gesetze klar vorschreiben, dass hochradioaktiver Müll in der Regel nur direkt bei den Reaktoren gelagert werden darf und dies auch nur als Zwischenlösung. Priorität müsse der Bau eines tiefeingeologischen Lagers haben. Ein ähnliches Zwischenlager-Projekt in New Mexico wird ebenfalls beklagt.

Q: world-nuclear-news.org 30.08.2023



Foto: US NRC

Illustration des geplanten Mega-Atomwüst-Abstellplatzes



Foto: Jannik Grosse

Geplantes Atomwüst-Zentrum Würgassen: plausibel unplausibel

Scharfen Widerspruch hat die Stellungnahme der Entsorgungskommission (ESK) zum geplanten Bau eines gigantischen Atomwüst-Logistikzentrums in Würgassen zwischen Paderborn und Göttingen hervorgerufen. In der mehrere Hektar großen Halle soll der schwach- und mittelradioaktive Müll aus ganz Deutschland, der für das im Bau befindliche Atomwüst-Lager Schacht Konrad vorgesehen ist, gemischt und neu verpackt werden. Der ESK zufolge ist dies „erforderlich“, um das Endlager optimiert zu befüllen. Die Standortwahl der Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) hierfür hält sie (unter den von der BGZ getroffenen Annahmen) für „plausibel“. Die Bürgerinitiative Atomfreies 3-Ländereck kritisiert, die Stellungnahme sei „keine neutrale Beurteilung“, sondern „Lobbyarbeit“. Der von Schacht Konrad 90 Kilometer entfernte Standort Würgassen sei aus politisch-juristischen Gründen ausgewählt worden. Er liege im Hochwassergebiet und verursache Zigttausende überflüssige Atomwüst-Transporte. Das niedersächsische Umweltministerium stellt heraus, dass sich die ESK die Annahmen der BGZ, die der Entscheidung für Würgassen zugrunde liegen, explizit „nicht zu eigen gemacht“ habe und vielmehr grundsätzlich „für einen Standort direkt am Endlager Schacht Konrad“ plädiere.

Q: nw.de 30.08.2023, westfalen-blatt.de 17.08.2023, umwelt.niedersachsen.de 09.08.2023



Der Atom-Riese

Einleitung | Der russische Staatskonzern Rosatom ist der größte Player im weltweiten Atomgeschäft. Im Auftrag des Kreml verbreitet er Atomkraft in alle Welt – und ist auch am Angriff auf die Ukraine beteiligt. Ein Überblick

Der Schock über den russischen Einmarsch in die Ukraine ist noch frisch, als russische Streitkräfte am 4. März 2022 das Atomkraftwerk Saporischschja einnehmen. Seitdem ist es besetzt, wird immer wieder Ziel von Angriffen. Mindestens sieben Mal war die Verbindung zum Stromnetz vollständig unterbrochen, nur Dieselgeneratoren lieferten den notwendigen Strom zur Kühlung der sechs Reaktoren und der Brennelemente-Lager im größten AKW Europas.

Ein Werkzeug Putins

Von Anfang an beteiligt an der kriegerischen Okkupation des AKW: der russische Atomkonzern Rosatom, eine Mischung aus Behörde und Staatskonzern mit über 250.000 Mitarbeiter*innen. Das direkt dem Kreml unterstellte Konstrukt besteht aus mehr als 300 Unternehmen und bündelt den gesamten Nuklearsektor Russlands, vom Uranabbau über AKW bis zu den Atomwaffen. Seit der völkerrechtswidrigen Annexion von Teilen der Ostukraine Anfang Oktober 2022 betrachtet Russland auch das ukrainische AKW Saporischschja als sein Eigentum. Eigens für dessen Übernahme gründet Rosatom wenige Tage zuvor eine neue Tochtergesellschaft. Und über eine Schutzzone rund um das AKW verhandelt der Chef der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEO), Rafael Grossi, im Dezember 2022 nicht etwa mit Regierungsvertretern, sondern mit Rosatom-Chef Alexej Lichatschow.

Während der Kreml in den ersten Monaten behauptet, die Anlage sei unter russischen „Schutz“ gestellt, sprechen Augenzeugenberichte eine andere Sprache: Demnach wissen die Rosatom-Mitarbeiter*innen von der gewaltsamen Behandlung der Belegschaft, sind an der Auswahl von Artillerie-Zielen rund um das Gelände beteiligt und wirken an der Festnahme Hunderter ukrainischer Mitarbeiter*innen mit. Ohne die aktive Mithilfe seines Staatskonzerns wäre Russland nicht in der Lage gewesen, das

AKW zu übernehmen und zu betreiben. Und durch seine Komplizenschaft bei der Besetzung gefährdet Rosatom dort tagtäglich mutwillig die nukleare Sicherheit.

Der Präsident des ukrainischen AKW-Betreibers Energoatom Petro Kotin, bis 2020 Leiter des AKW Saporischschja, berichtet in einem Interview mit dem Tagesspiegel im Oktober, dass viele mit der Anlage vertraute ukrainische Mitarbeiter*innen, die sich keinen neuen Vertrag mit Rosatom unterschrieben hätten, verhaftet, gefoltert und durch Russ*innen ersetzt worden seien. Rund 100 Fachleute der Rosatom-Tochter Rosenergoatom halten sich demnach in der Anlage in Saporischschja auf. Rosatom habe die technische Kontrolle über das AKW übernommen – obwohl Energoatom diese formal nie abgegeben habe. Das Atomkraftwerk mit seinen sechs Reaktoren werde seit Kriegsbeginn nur mangelhaft instandgehalten und sei inzwischen in einem sehr schlechten Zustand.

Nukleare Außenpolitik

Rosatom ist nicht einfach irgendein AKW-Betreiber, sondern die rechte Hand des Kremls – und zugleich der Global Player im Atombusiness. Ende 2021 war jedes sechste AKW weltweit von Russland gebaut, mehr als die Hälfte davon in anderen Ländern. Von 20 aktuellen Neubauprojekten Rosatoms liegen gar 17 außerhalb Russlands.

Wo selbst Staaten zuletzt nicht in der Lage waren, AKW zu finanzieren, sprang vielfach Rosatom in die Bresche – oft mit von der russischen Regierung garantierten Krediten, in manchen Fällen auch mit langfristigen Verträgen über die Lieferung von Brennstoff. Die extremste Form dieser „nuklearen Außenpolitik“ ist das Modell „Build-Own-Operate“, das Rosatom beim türkischen AKW Akkuyu zum ersten Mal anwendet. Der Konzern baut und finanziert die Anlage nicht nur. Er hat sich auch verpflichtet, sie während ihrer gesamten Lebensdauer zu betreiben. Auf diese Weise fördert Rosatom Ausbau



Arbeitsstreffen mit Rosatom-Chef Lichatschow am 14.08.2023 im Kreml

Foto: kremlin.ru



Foto: Rosatom

Feuerwerk zum Baustart des AKW Akkuyu in der Türkei: Zementiert wird nicht nur die Bodenplatte des Reaktors, sondern auch jahrzehntelange Abhängigkeiten

und weltweite Verbreitung von Atomkraft und sichert Russland zugleich geopolitischen Einfluss für Jahrzehnte.

Auf den ersten Blick ist kaum nachzuvollziehen, warum die IAEO Rosatoms Vorgehen in der Ukraine und insbesondere im AKW Saporsischja nicht schärfer kritisiert, dem Unternehmen die Unterstützung bei der Expansion in andere Länder nicht aufgekündigt hat. Doch der Einfluss von Rosatom in der IAEO reicht bis in die höchsten Ebenen: Den Posten des stellvertretenden Generaldirektors etwa hat Mikhail Chudakov inne, seines Zeichens ehemaliger Manager von Rosenergoatom.

Auch für die Atom-U-Boot-Flotte und die russischen Atomsprengköpfe ist Rosatom zuständig. Erst im Dezember 2022 hob Präsident Wladimir Putin in einer Ansprache an die Rosatom-Mitarbeitenden den enormen Beitrag hervor, den das Unternehmen zur Entwicklung der neuesten Waffensysteme und militärischen Ausrüstung und deren Einsatz im Kampf leistete. Möglicherweise unterstützt Rosatom auch die russische Rüstungsindustrie dabei, westliche Sanktionen zu umgehen. Die Washington Post berichtete im Januar von einem Brief, in dem es um ein Treffen zwischen Rosatom, dem russischen Verteidigungsministerium und Vertreter*innen der russischen Rüstungsindustrie ging. Offenbar hatte Rosatom angeboten,

bestimmte Waren zu beschaffen, die sanktionierte Unternehmen im Westen nicht mehr kaufen können, darunter wichtige Komponenten für Raketentreibstoff und Batterien für Panzer und Raketenabwehrsysteme.

Abhängigkeiten erschweren Sanktionen

Sanktionen gegen Rosatom, obwohl vielfach gefordert, fehlen jedoch auch im 11. Sanktionspaket der EU von Ende Juni 2023 – denn auch in Europa ist der Einfluss des russischen Atomkonglomerats groß. Ein Fünftel des in der EU verbrauchten Urans stammt direkt aus Russland, darüber hinaus betreibt Rosatom auch Uranminen in Kanada, Südafrika, Australien, den USA und Kasachstan oder ist daran beteiligt. Außerdem reichert der russische Staatskonzern ein Drittel des in der EU benötigten Urans an – eine Voraussetzung, um Uran als AKW-Brennstoff einsetzen zu können. Mehrere osteuropäische Staaten sowie Finnland, die AKW russischer Bauart betreiben, sind auf von Rosatom gefertigte Brennelemente angewiesen. Ungarn etwa, schärfster Gegner von EU-Sanktionen gegen Rosatom, deckt mehr als 40 Prozent seines Strombedarfs mit Reaktoren russischer Bauart – und hat mit Rosatom den Bau von zwei weiteren Reaktoren im AKW Paks II vereinbart. Die Steuersysteme dafür soll laut

Vertrag Siemens Energy liefern. Allerdings steht die Exportgenehmigung dafür bisher noch aus.

Eine zentrale Rolle dabei, dass Rosatom von der EU noch immer nicht sanktioniert ist, dürfte auch die „strategische Kooperation“ spielen, die der französische Staatskonzern Framatome mit Rosatom vereinbart hat – siehe Seite 8/9. Denn Frankreichs Wort hat in der EU Gewicht. Erst kürzlich gründeten die beiden Staatsunternehmen sogar noch ein Joint Venture zum Ausbau der Brennelementefabrik im niedersächsischen Lingen. Das Projekt könnte Rosatoms Einfluss sichern und ausbauen – und Wege öffnen, selbst bei möglichen Sanktionen weiter im Geschäft zu bleiben.

Selbst von der Stilllegung und dem Rückbau der deutschen AKW profitiert Rosatom, denn auch die bayerische Nukem Technologies in Alzenau ist Teil des russischen Konzerns. Einer der Nukem-Geschäftsführer ist übrigens Vorsitzender des deutschen Atomlobby-Verbands KernD ...

Auch die USA, das Land mit den meisten AKW weltweit, bezieht ein Viertel seines Urans von Rosatom. Kein Wunder, dass der Konzern auch Sanktionen aus Washington weitgehend vermeiden konnte.

Unterm Strich verdiente Rosatom im Jahr 2022 sogar mehr am Auslandsgeschäft als in den Jahren zuvor.

Anna Stender



Foto: Femoroima

Modell des finnischen AKW Hanhikivi-1, ein Rosatom-Projekt, bei dem Framatome 2021 seine Mitarbeit vertraglich zusagte. Finnland stoppte den Bau nach dem Angriff auf die Ukraine

Enge Bande

Hintergrund | Wie der staatliche französische Atomkonzern Framatome mit seinem russischen Gegenpart kooperiert, Sanktionen gegen Rosatom verhindert und Atomtechnik in aller Welt verbreitet



Am 2. Dezember 2021, weniger als zwei Monate vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine, reist Alexey Likhachev, Generaldirektor des staatlichen russischen Atomkonzerns Rosatom, nach Paris. Am Rande des Welttreffens der Atomindustrie unterzeichnen er und der Chef des französischen Reaktorbauers Framatome eine „Langzeit-Kooperationsvereinbarung“. Rosatom und Framatome wollen in Zukunft noch stärker zusammenarbeiten – unter anderem bei der Brennelementefertigung und bei Reaktor-Kontrollsystemen.

Die Vereinbarung baut auf langjährigen Beziehungen zwischen den beiden eigentlich konkurrierenden Staatskonzernen auf. Sie zeigt exemplarisch, wie sie zusammenarbeiten, um der Atomkraft Vorschub zu leisten – ein Ziel, das sowohl in Frankreich als auch in Russland eng verwoben ist mit staatlichen Interessen.

Eine Folge davon ist, dass trotz des russischen Angriffs auf die Ukraine der russische Atomsektor, anders als etwa Gas-, Öl- und Kohleindustrie, bis heute von Sanktionen ausgenommen ist.

Frankreichs atomare Interessen

Nirgends werden die atomaren Interessen Frankreichs so deutlich sichtbar wie beim staatlichen Atomkonzern Framatome. 2020 wählt Präsident Emmanuel Macron ausgerechnet einen Besuch im zu Framatome gehörenden Schmiedewerk in Le Creusot, um den Neubau eines atomar getriebenen Flugzeugträgers anzukündigen. Die Schmiede war in den Jahren zuvor Zentrum eines Skandals um fehlerhaft produzierte Reaktorbauteile – darunter der spröde Reaktordruckbehälter des AKW-Neubaus in Flamanville – und anschließend gefälschter Zertifikate. In der Folge musste die französische Atomindustrie mit Milliarden aus der Staatskasse gerettet werden.

Ausgerechnet an diesem Ort also erklärt Macron nun, dass Frankreichs „strategische Zukunft, unser Status als Großmacht (...) in der Atomindustrie“ liege. Dabei gehe es sowohl um den militärischen als auch um den zivilen Aspekt: „Ohne zivile Atomkraft keine militärische Atomkraft, ohne militärische Atomkraft keine zivile.“ Framatome ist in beiden Fällen mitbeteiligt – es konstruiert sowohl Atomkraftwerke als auch kleine Antriebsreaktoren für Kriegsschiffe und U-Boote und will auch „mobile Mikro-Reaktoren“ für weitere militärische Anwendungen entwickeln.

Es ist diese Fokussierung auf die Atomkraft, die Frankreich um jeden Preis und auch in Kooperation mit Russland verteidigt. Auf europäischer Ebene hat Frankreich dafür eine „Pro-Atom-Allianz“ geschmiedet, der unter anderem Polen (siehe Seite 18/19) und Ungarn angehören. Als Gegenleistung hält sich Macron mit Kritik zurück, wenn es um die rechtsstaatlichen Verstöße dieser Staaten geht.

Framatome und Rosatom, Frankreich und Russland

2018, vier Jahre nach der Annektion der Krim durch Russland, vereinbaren die Chefs von Rosatom und der staatlichen französischen Agentur für Atomenergie (CEA) in Anwesenheit von Macron und Russlands Präsident Wladimir Putin eine Kooperation, um Atomkraft weltweit zu entwickeln. Und was das Kooperationsabkommen von Ende 2021 betrifft, bestätigt Framatome Mitte 2022 explizit, dass dieses noch immer in Kraft ist. Eines der daraus erwachsenen Projekte ist der geplante Einstieg Rosatoms in die Brennelementefertigung in Lingen.

Auch die Zusammenarbeit bei Reaktorkontrollsystemen schreitet fort. Bereits in der Vergangenheit ist Framatome mit solchen Systemen immer wieder an Neubau- oder Modernisierungsprojekten von Rosatom beteiligt. Die Systeme können auch militärisch verwendet werden, etwa für U-Boot-Reaktoren. 2020 erhält Framatome den Auftrag für das Reaktorschutzsystem des Neubau-AKW Kursk II in Russland. Mit Blick auf den Fortschritt dieses Projekts wirft Greenpeace im Juli 2023 die Frage auf, ob diese Systeme etwa mitten im Krieg geliefert wurden oder sogar französisches Personal in Russland im Einsatz war.

Frankreich bezieht darüber hinaus einen Großteil des in seinen Reaktoren verwendeten angereicherten Urans aus Russland – oft über die Zwischenstation Lingen. Laut einem Report

von Greenpeace hat sich der Import von Uran aus Russland 2022 gegenüber dem Vorjahr nahezu verdreifacht. Insgesamt hat Frankreich im Jahr 2022 Nuklearprodukte im Wert von mehr als 440 Millionen Euro aus Russland importiert – mehr als die Hälfte der gesamten europäischen Nuklearimporte aus Russland. Zugleich exportiert Frankreich abgereichertes Uran, ein Abfallprodukt der Anreicherung, nach Russland.

Auch im Bereich der Wasserstoffproduktion will der staatlich-französische Energiekonzern EDF, Eigentümer von Framatome und Betreiber der französischen AKW, mit Rosatom kooperieren. Laut Handelsblatt will EDF dieses Abkommen lediglich „vorübergehend ruhen“ lassen.

Sanktionen und ihre Verhinderung

In Folge des Angriffs auf die Ukraine ist die russische Erdgas-, Öl- und Kohle-Industrie von der EU – und auch vielen anderen Staaten – mit Sanktionen belegt worden. Der russische Atomsektor jedoch ist davon, jedenfalls was die EU angeht, bis heute komplett ausgenommen. Alle Vorstöße innerhalb der EU, auch den Nuklearsektor endlich in die Sanktionen einzubeziehen, scheitern bisher am Widerstand Frankreichs und Ungarns. Letzteres hat Rosatom mit dem Bau der beiden Reaktoren des geplanten AKW Paks II beauftragt.

Die französische Energieministerin Agnès Pannier-Runacher betont auf Nachfrage zwar, dass sie generell für Sanktionen sei. In der Praxis hält Frankreich allerdings nicht nur an den Kooperationen mit Rosatom fest, sondern sorgt sogar dafür, dass sie noch weiter ausgebaut werden. So stärkt Frankreich Ungarn in Atomfragen demonstrativ den Rücken. Vergangenen März besucht Ungarns Präsident Victor Orbán Macron in Paris, sein Außen- und Handelsminister Péter Szijjártó reist zum AKW Flamanville. Ihr Ziel, schreibt er auf Facebook, sei, „eine weitere Stärkung der Rolle von Framatome auszuhandeln, so dass Berlin die Ankunft der Kontrolltechnologie für Paks nicht mehr blockieren kann.“ Kurze Zeit später verkündet die französische Regierung, dass Framatome – wenn es zum Zuge käme – die Kontrollsysteme für das AKW Paks II nach Ungarn liefern dürfe, ungeachtet der Rolle Rosatoms bei dem Projekt. Beauftragt mit der Lieferung der Kontrollsysteme und Reaktorleittechnik ist bisher ein Konsortium aus Framatome und Siemens Energy. Deutschland hat dem geplanten Export bislang allerdings nicht zugestimmt, weil sie als „Dual-Use-Güter“ auch militärisch Verwendung finden können.

Julian Bothe

Framatome

Der französische Reaktorbauer Framatome entwickelt und liefert „Ausrüstungen, Dienstleistungen und Brennstoffe für Atomkraftwerke“, inklusive dem **Design kompletter Reaktorsysteme**. Zu seinem Portfolio gehören auch Produkte und Dienstleistungen für **militärische nukleare Anwendungen**. Framatome gehört zu mehr als 75 % dem staatlichen französischen Energiekonzern EDF, zu kleineren Teilen Mitsubishi Heavy Industries und der Ingenieursgruppe Assystem. Vorläufer des heutigen Konzerns ist das staatliche Reaktorbau-Unternehmen gleichen Namens, das 2001 mit der ebenfalls staatlichen Cogema (Uranabbau und -verarbeitung, Wiederaufarbeitung) und der Nuklearabteilung von Siemens zusammengeführt wird. Ab 2006 firmiert die Gruppe unter dem Namen Areva. Siemens zieht sich 2011 daraus zurück.

Hauptprodukt sollte der neu entwickelte „Europäische Druckwasserreaktor“ (EPR) sein, der jedoch kaum nachgefragt wird. Probleme und Verzögerungen auf den Baustellen in Flamanville, Hinkley Point und Olkiluoto sowie verschiedene Skandale, unter anderem um fehlerhafte Bauteile aus dem konzerneigenen Schmiedewerk in Le Creusot, bringen den Konzern in finanzielle Schwierigkeiten. 2017/18 rettet die französische Regierung Areva mit vielen Milliarden vor der Pleite und teilte die Sparten wieder auf. Reaktorbau, Instandhaltungsdienstleistungen und Brennelementefertigung firmieren seitdem erneut unter dem Namen Framatome, Uranabbau und -anreicherung sowie Wiederaufarbeitung unter Orano.

In Deutschland ist Framatome an den Standorten Erlangen (Reaktortechnik, Reaktorentwicklung und Sicherheitssysteme), Lingen (Brennelementefabrik) und Karlstein (Bauteile für Brennelemente und Reaktorsicherheitstechnik) aktiv.

Im Sicherheitsbereich

Hintergrund | Berührt der Einstieg von Rosatom in die Brennelemente-Fertigung in Lingen bundesdeutsche Sicherheitsinteressen? Das legen Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums nahe. Und auch Reaktorsicherheitsexpert*innen warnen: Ein derartiger Partner in einem solchen Betrieb sei keine gute Idee

Am liebsten will man gar nichts sagen. Ob, inwiefern und aus welchen Gründen ein Einstieg des russischen Staatskonzerns Rosatom in die Brennelemente-Fertigung in Lingen möglicherweise ein Sicherheitsrisiko darstellt, darauf habe „nicht einmal das Parlament“ einen Informationsanspruch, teilt das Bundeswirtschaftsministerium mit. Weswegen es den Antrag von .ausgestrahlt auf Einsicht in die entsprechenden Unterlagen in Bausch und Bogen ablehnt.

Dabei beschäftigen diese Fragen – und die aus den Antworten zu ziehenden Konsequenzen – 2021 und 2022 monatelang diverse Ressorts. Anlass ist ein Antrag der Rosatom-Tochter TVEL, die mit dem französischen Staatskonzern Framatome ein Gemeinschaftsunternehmen gründen will, um die Brennelemente-Fabrik im niedersächsischen Lingen zu erweitern. Das Kartellamt gibt dafür im Frühjahr 2021 grünes Licht. Die Bundesregierung aber zögert, recherchiert, diskutiert. Es ist eines der wenigen Investitionsprüfungsverfahren, bei dem tatsächlich ein Verbot im Raum steht. Weswegen es jenen „internen Willensbildungsprozess zur Vorbereitung einer Kabinetts- bzw. Ressortentscheidung“ braucht, zu dem das Wirtschaftsministerium jeden Informationsanspruch verneint.

Gelegenheit zur Sabotage?

Brennelemente sind sicherheitstechnisch heikel für den Reaktorbetrieb. Technisch bestehen sie aus einem Bündel Brennstäbe, die in einem bestimmten Raster und Abstand zueinander fixiert sind. Die Brennstäbe selbst bestehen aus mit Uran-Pellets gefüllten Hüllrohren aus einer speziellen Legierung. Sie müssen die hochradioaktiven Spaltprodukte, die bei der Kernspaltung entstehen, sicher einschließen. Der korrekte Neutronenfluss, die Hitzeverteilung, die Kühlung, die Leistungsregelung und die Notabschaltung des Reaktors – all das hängt von den Brennelementen ab. Die Stabilität und Integrität der Brennstäbe und

Stützgitter zu gewährleisten unter den extremen thermischen, mechanischen und radiologischen Bedingungen, die im Reaktorkern herrschen, ist eine eher komplexe Angelegenheit.

Eröffnet das auch Möglichkeiten der Sabotage? Könnten absichtlich fehlerhaft hergestellte Brennelemente, die irgendwann beim Einsatz im AKW versagen, dieses möglicherweise sogar in gefährliche Situationen bringen? Reaktorsicherheitsexpert*innen verweisen auf die umfangreichen Kontrollen sowohl in der Brennelemente-Fertigung als auch in den belieferten AKW. Eine nicht regelkonforme Reaktivität des Brennstoffs etwa oder Abweichungen bei den Hüllrohren würden dabei vermutlich auffallen, heißt es.

Andererseits treten immer wieder Schäden an Brennelementen auf: Gebrochene Halterungen und Federn, zerbröselnde Pellets, Korrosion und undichte Hüllrohre – die Störungslisten der Kraftwerke sind voll davon. In der Regel, sagt die Reaktorsicherheitsexpertin Oda Becker, machten die Betreiber Fehler bei der Herstellung der Brennelemente dafür verantwortlich – die also offensichtlich passieren und trotz aller Kontrollen unbemerkt bleiben. „Sabotage ist immer möglich“, so Becker. Und auch Kontrollen ließen sich umgehen, wenn es ausreichend viele Mittäter*innen gebe.

Schaden anrichten vor Ort in Lingen könnte man vor allem mit der Uran-Konversionsanlage, die zur Brennelemente-Fabrik gehört. Die wandelt gasförmig angeliefertes Uranhexafluorid (UF₆) in pulverförmiges Urandioxid um, das dann zu Uran-Pellets gepresst wird. UF₆ ist nicht nur radioaktiv, sondern verbindet sich mit Luftfeuchtigkeit auch zu hochgiftiger und stark ätzender Fluorwasserstoffsäure. Ein Ereignis, das größere Mengen davon freisetzt, könnte die Region kontaminieren.

Michael Sailer, ehemaliger Reaktorsicherheitsexperte beim Öko-Institut und bis 2006 Vorsitzender der Reaktorsicherheitskommission, sieht noch eine ganz andere Gefahr. Der





Foto: Framatome / Thomas Keuter

Brennelemente-Fertigung in Lingen, noch ohne Rosatom

Betreiber einer Brennelemente-Fabrik, sagt er, verfüge über zahlreiche Kenntnisse über die belieferten Reaktoren – und die ließen sich im Zweifel nutzen, um deren Betrieb zu stören. „Das ist ein Sicherheitsproblem“, unterstreicht Sailer. Sein Fazit: Einen Betreiber wie Rosatom, der einem Regime wie dem von Putin unterstehe, „lässt man da nicht ran“.

Sicherheitsinteressen beeinträchtigt

Hier schließt sich der Kreis zu dem Investitionsprüfungsverfahren, das die Bundesregierung 2021/22 durchgeführt hat. In einem solchen Verfahren nämlich geht es darum, eine „voraussichtliche Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit“ abzuwenden. Besonderes Augenmerk ist dabei laut Außenwirtschaftsverordnung (AWV) unter anderem darauf zu richten, ob das Unternehmen kerntechnische Materialien, Anlagen und Ausrüstung „entwickelt, herstellt, modifiziert oder nutzt“, die als so genannte „Dual-Use“-Güter gelten. Dazu zählen laut EU-Verordnung 2021/821 explizit „Anlagen, besonders konstruiert für die Herstellung von Kernreaktor-Brennelementen, und besonders konstruierte oder hergerichtete Ausrüstung hierfür“. Dies schließt die Brennelemente-Fabrik Lingen zweifelsohne ein. Gleiches gilt für das dort verarbeitete Uran („besonderes spaltbares Material“) sowie die firmeneigene Uran-Konversionsanlage („Anlage zur Konversion von Uran und besonders konstruierte oder hergerichtete Ausrüstung hierfür“).

Unter die Lupe zu nehmen ist nach Außenwirtschaftsrecht aber auch das investierende Unternehmen selbst. Ausdrücklich Berücksichtigung finden kann laut AWV etwa, ob dieses „unmittelbar oder mittelbar von der Regierung (...) eines Drittstaates kontrolliert wird“ – im Falle von Rosatom unstrittig der Fall. Die Frage, ob das Unternehmen „bereits an Aktivitäten beteiligt war, die nachteilige Auswirkungen auf die öffentliche Ordnung oder Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union hatten“, dürfte bei Rosatom mindestens im Raum stehen. Schlussendlich ist kaum von der Hand zu weisen, dass „ein erhebliches Risiko besteht“, dass Rosatom und seine Mitarbeitenden „an Aktivitäten beteiligt waren oder sind, die in Deutschland den Tatbestand (...) einer Straftat (...) nach (...) dem Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen erfüllen würden.“ Schließlich umfasst der Konzern auch den gesamten militärischen Nuklearsektor Russlands. Dazu gehört auch die Entwicklung und Herstellung von Atomwaffen – in Deutschland gemäß § 19 Kriegswaffenkontrollgesetz mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren belegt.

Framatome und Rosatom blasen den ursprünglichen Plan, ihr Joint Venture in Deutschland zu gründen, kurz vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine ab. Ein Nein aus Berlin wollen sie offensichtlich nicht riskieren. Stattdessen gründen sie das Joint Venture wenig später in Frankreich, wo sie keinen Regierungswiderspruch zu fürchten haben. Anschließend stellen

sie in Deutschland einen Genehmigungsantrag für den Ausbau der Brennelemente-Fabrik.

Dem Kreml unterstelltes Personal in Lingen

Den Angaben der Antragsteller zufolge sollen künftig auch russische Mitarbeiter*innen der Rosatom-Tochter TVEL in der Anlage in Lingen unterstützend tätig werden. Personen, die in ihrer Funktion direkt dem Kreml unterstellt seien, erhielten so Zugang zu hochsensibler Infrastruktur in Deutschland, kritisieren Atomkraftgegner*innen. Gerne würde man erfahren, was die Bundesregierung zu diesen Fragen erwogen hat. Die Unterlagen zu der Prüfung jedoch hält das Bundeswirtschaftsministerium wie eingangs erwähnt unter Verschluss. Es begründet dies ausgerechnet damit, dass „die Offenlegung der genannten Erwägungen weiterhin deutsche Sicherheitsinteressen beeinträchtigen kann“, konkret beispielsweise „im Hinblick auf Ziele von Sabotageakten“.

Hellhörig machen sollte dies das niedersächsische Umweltministerium. Als Landesatomaufsicht ist es zuständig für das Genehmigungsverfahren, das für den geplanten Ausbau der Brennelemente-Fabrik erforderlich ist. Neben möglichen Gefahren durch die Anlage selbst und ihre Emissionen spielt darin auch die Frage nach der „Zuverlässigkeit“ des Betreibers und nach den „überwiegenden öffentlichen Interessen“ eine entscheidende Rolle.

Armin Simon

Zweifel säen

Fragen & Antworten | Die Atom-Lobby bemüht sich weiter, den Atomausstieg in Misskredit zu bringen und Zweifel an der Energiewende zu säen. Welche Atom-Fragen Dein Umfeld und Dich bewegen, wollt ihr .ausgestrahlt im Sommer wissen. Eine Auswahl davon beantworten wir hier



Ist Deutschland seit Abschaltung der AKW auf Stromimporte angewiesen?

Nein. Es gibt weiterhin genügend Kraftwerke, die jederzeit ausreichend viel Strom erzeugen könnten. Dass die Stromimporte im Sommerhalbjahr zugenommen haben (und Deutschland in den ersten neun Monaten dieses Jahres deutlich mehr Strom importiert als exportiert hat), liegt vor allem daran, dass sich der Betrieb von Kohlekraftwerken aufgrund der steigenden CO₂- und Brennstoffpreise immer weniger rechnet. Die fossile Stromerzeugung in Deutschland sank deshalb in den ersten drei Quartalen auf den zweitniedrigsten Wert seit Jahrzehnten. Die Kohleverstromung ging gegenüber dem Vorjahreszeitraum sogar um ein Drittel (!) zurück (-37 Milliarden Kilowattstunden). Der Kohlestrom wurde zu großen Teilen durch günstigeren Strom aus dem Ausland ersetzt. Dabei handelte es sich zu großen Teilen um erneuerbaren Strom, etwa aus dem Hauptimportland Dänemark. Das Atomstromland Frankreich hingegen hat auch in diesem Jahr mehr Strom aus Deutschland gekauft als nach Deutschland verkauft. Anfang Oktober lag der Exportüberschuss nach Frankreich bereits bei 1,4 Milliarden Kilowattstunden. Und nach der Erfahrung der vergangenen Jahre dürfte er sich bis Ende Dezember weiter erhöhen.



Was ist, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint?

Je nach Wetterlage, Stromnachfrage und Leitungskapazitäten füllt Strom aus anderen Regionen und/oder aus wetterunabhängigen Kraftwerken die Lücke. Das ist heute schon so und wird auch so bleiben. Drei Entwicklungen kommen dabei zum Tragen:

1. Je mehr erneuerbare Energien europaweit installiert sind, desto häufiger wird es regionale Stromüberschüsse geben, die auch anderswo vorhandene Bedarfe decken können. Der Stromnetz-Ausbau wird auch weiträumigeren Ausgleich erleichtern und in noch größerem Umfang ermöglichen.
 2. Der Verbrauch wird sich mehr als bisher dem (erneuerbaren) Stromangebot anpassen. Alu-Schmelzen und Kühlhäuser sparen schon heute viel Geld, indem sie Strom dann nutzen, wenn viel Wind weht, und ihren Verbrauch drosseln, wenn die Last im Netz beziehungsweise der momentane Strombedarf besonders hoch ist. Mit Wärmepumpen und Elektromobilität wird es immer mehr Geräte geben, die ihren Strombedarf (automatisiert) vorzugsweise in den Stunden decken werden, in denen besonders viel günstiger erneuerbarer Strom im Angebot ist und/oder die Nachfrage besonders gering, etwa nachts.
 3. Auch bei einer Energieversorgung mit 100 Prozent erneuerbaren Energien wird es wetterunabhängige, sehr flexibel einsetzbare Kraftwerke geben, die stunden- und tageweise einspringen, um die wetterabhängige Stromerzeugung zu ergänzen. Aktuell sind diese meist noch fossil betrieben. Künftig werden sie etwa mit Wasserstoff oder daraus erzeugten Brennstoffen laufen. Diese könnten mit überschüssigem Ökostrom zu anderen Zeiten erzeugt werden und sind in großen Mengen speicherbar. Zum kurzzeitigen Ausgleich werden auch Wasser-, Pumpspeicher-, Biomasse- und Geothermie-Kraftwerke sowie Batteriespeicher (auch in E-Autos) ihren Beitrag leisten. In sonnigeren Ländern kommen noch mit Speichern ausgerüstete solarthermische Kraftwerke hinzu.
- Prinzipiell ergänzen sich Wind und Sonne übrigens sehr gut: Im Sommer scheint mehr Sonne, im Winter weht mehr Wind. Zusammen produzieren sie im Winterhalbjahr sogar mehr Strom als im Sommer.





Einige Länder kündigen an, (wieder) auf Atomkraft setzen zu wollen. Wie kann dieser Rollback verhindert werden?

Allen Ankündigungen der Atom-Fans zum Trotz: AKW sind einer stetig wachsenden Konkurrenz durch immer günstigere erneuerbare Energien ausgesetzt. Ohne massive Subventionen, staatliche Garantien, verbilligte Kredite etc. werden sich kaum Investor*innen für neue AKW finden. Um eine politische Bevorzugung der Atomkraft zu verhindern, müssen wir ihre Gefahren und Nachteile wieder ins Bewusstsein rufen: In jedem AKW kann es jeden Tag zu einem schweren Unfall kommen, erst recht in Extremwetter-Zeiten. AKW hinterlassen hochgefährlichen Atommüll. Und jede Investition in Atomkraft behindert den Klimaschutz: Weil dasselbe Geld, in erneuerbare Energien und Energieeffizienz investiert, die CO₂-Emissionen viel mehr und viel schneller reduziert. Und weil Atomkraftwerke technisch wie ökonomisch ungeeignet sind, um erneuerbare Energien zu ergänzen.



Stimmt es, dass die Umweltverbände in Skandinavien Atomkraft inzwischen gutheißen?

Nein. In Schweden, in Norwegen und auch in Finnland lehnen die namhaften Umweltorganisationen Atomkraft weiterhin ab – und das aus gutem Grund. Ein simpler Kurzschluss im Stromnetz brachte das schwedische AKW Forsmark im Sommer 2006 an den Rand eines Super-GAU, ganze 20 Minuten trennten Europa damals vom Beginn einer Kernschmelze. Und Dänemark? Das Land, das der Welt die lachende Anti-Atom-Sonne schenkte, ist Pionier bei der Windkraftnutzung. Atomkraft würde da nur stören ...



Was bringt uns der Atomausstieg, wenn AKW in anderen Ländern weiterlaufen?

Das Abschalten der AKW in Deutschland hat das Risiko eines schweren Atomunfalls hierzulande drastisch verringert. Das gilt unabhängig davon, ob die AKW in den Nachbarländern weiterlaufen oder nicht. Das von diesen (auch für Deutschland) ausgehende Risiko allerdings wird erst dann vom Tisch sein, wenn auch sie abgeschaltet sind. Nach dem Aus für die Atomkraft wird in deutschen AKW kein weiterer hochradioaktiver Abfall mehr produziert – eine wichtige Voraussetzung dafür, einen gesellschaftlich akzeptierten Lagerort für den vorhandenen Atommüll finden zu können. Und die Energiewende nimmt endlich Fahrt auf – ein riesiger Gewinn für den Klimaschutz. Diese Dynamik wird auch auf andere Länder ausstrahlen.



Verschenken wir Chancen, wenn wir nicht an neuen Reaktoren forschen?

Im Gegenteil. Der Verweis auf sagenumwobene Wunder-AKW, auf angeblich super-günstige Mini-Reaktoren oder auf die seit Jahrzehnten versprochenen Fusionskraftwerke dient vor allem einem Ziel: zu suggerieren, es bräuchte gar keine Energiewende, und uns davon abzuhalten, diese jetzt mit voller Kraft voranzutreiben. Für keinen dieser Power-Point-Reaktoren gibt es bisher auch nur eine belastbare Sicherheitsanalyse. Die Konzepte werfen im Gegenteil jede Menge neue Sicherheitsfragen auf – ohne die Probleme der Atomkraft zu lösen. Alle diese Projekte sind zudem weit von einer Realisierung oder gar einer kommerziellen Anwendung entfernt. Dies räumen selbst Expert*innen ein, die der Atomkraft gegenüber aufgeschlossen sind. Schon deswegen nützen sie dem Klima rein gar nichts. Die Forschung an solchen Reaktor-Konzepten und das Gerede darüber eröffnet keine Chancen, sondern vergeudet wertvolle Zeit. Nutzen wir sie lieber, um unsere Energieversorgung endlich auf erneuerbare Füße zu stellen.

Armin Simon



Auf solchen Tiefladern plant die Jülicher Entsorgungsgesellschaft (JEN), die Castoren aus Jülich nach Ahaus zu verfrachten

Atommüll auf Abwegen

Hintergrund | Vieles deutet darauf hin, dass schon bald 152 Castor-Behälter mit hochradioaktivem Müll von Jülich nach Ahaus rollen könnten. Dabei sind die Zwischenlager an beiden Standorten ungeeignet. Von einer konzeptlosen Atommüll-Politik

Ende Juni fährt ein 30 Meter langer, gepanzerter Schwertransporter von Jülich ins Zwischenlager Ahaus. Langsam passiert das Gefährt Engstellen wie Kreisverkehre, um zu testen, ob die Strecke für den Riesen-Lkw problemlos befahrbar ist. Eine weitere Testfahrt, dann mit einem leeren Castor-Behälter obenauf, ist im Oktober geplant. Geht alles glatt, könnte das Atommüll-Bundesamt (BASE) noch in diesem Jahr den Transport von rund 300.000 Brennelementkugeln des stillgelegten Hochtemperurreaktors AVR nach Ahaus genehmigen. Aktuell lagern diese in 152 Castorbehältern in einer Halle auf dem Gelände der ehemaligen Kernforschungsanlage Jülich. Schon im Frühjahr 2024 könnten die ersten Atom-Transporte über die Straßen im dicht besiedelten Nordrhein-Westfalen rollen.

Die Testfahrten sind nicht das erste Anzeichen dafür, dass eine Entscheidung über die Brennelementkugeln nach jahrelangem Schlingerkurs unmittelbar bevorsteht. Umwelt-, Forschungs- und Finanzministerium bewerteten in einem Bericht an den Haushaltsausschuss des Bundestages den Transport nach Ahaus bereits im September 2022 als „grundsätzlich vorzugswürdig“ gegenüber anderen Optionen. Die Beschaffung der Fahrzeuge und die Ausbildung und Bereitstellung von Personal laufen längst. Und sowohl das Forschungszentrum Jülich als auch

die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN), als Nachfolgerin der Reaktorbetriebsgesellschaft für die hochradioaktiven Kugeln zuständig, wären die gefährlichen Altlasten wohl lieber heute als morgen los.

Lager ohne Genehmigung

Darüber, dass das bestehende Atommüll-Lager in Jülich den geltenden Sicherheitsanforderungen nicht genügt, sind sich Atomkraftgegner*innen, Politik und Gerichte ausnahmsweise einmal einig: Bereits seit zehn Jahren hat es keine Genehmigung mehr – wegen mangelnder Erdbebensicherheit. 2014 ordnete die NRW-Atomaufsicht an, das Lager unverzüglich zu räumen.

Seitdem ist ein zähes Hin und Her um die Brennelementkugeln im Gange. Die JEN, mit Ministeriumsvertreter*innen aus Berlin und Düsseldorf im Aufsichtsrat, verfolgte jahrelang parallel drei Optionen:

1. den Bau eines neuen Zwischenlagers in Jülich,
2. den Transport der Brennelementkugeln in das Zwischenlager Ahaus, und
3. den Export des Atommülls in die USA.

Die lange mit Priorität vorangetriebenen Export-Pläne sind nach massiven Protesten seit Herbst 2022 vom Tisch. Doch die Optionen



Foto: JEN

„Neubau in Jülich“ und „Transport nach Ahaus“ sind weiter im Rennen – zumindest auf dem Papier.

Neubau verschleppt?

Noch im Sommer 2022 sendete die schwarz-grüne Landesregierung Signale, dass nun endlich, wie im Koalitionsvertrag beschlossen, der von Atomkraftgegner*innen seit Langem geforderte Neubau angegangen werde. Der JEN hat sie dafür ermöglicht, noch im laufenden Haushaltsjahr eine Fläche direkt hinter dem Reaktorgebäude des ehemaligen AVR zu erwerben – doch das ist bis heute nicht passiert. Die Landeskonferenz der Anti-Atom-Initiativen in NRW wirft der JEN vor, den Zwischenlager-Neubau gezielt zu verschleppen. So hat diese laut BASE bis heute nicht einmal alle nötigen Nachweise für die befristete Weiternutzung des bestehenden Lagers eingereicht. Ein Antrag für den Neubau eines Zwischenlagers ist noch gar nicht gestellt. Und die Landesregierung? Die hält sich auffallend zurück. Eine Rolle spielen könnte, dass der Bund den Transport nach Ahaus für die billigste Lösung hält und angekündigt hat, NRW müsse die Mehrkosten für die Neubau-Option alleine tragen.

Kosten vor Sicherheit?

Die Kosten für einen Neubau in Jülich schätzt die JEN auf mindestens 450 Millionen Euro, bei einer Bauzeit von etwa zehn Jahren. Für den Transport nach Ahaus rechnet der Bund mit gut 200 Millionen Euro innerhalb von zwei Jahren. Doch da sowohl JEN als auch Bund eigene Interessen verfolgen, sind diese Zahlen mit Vorsicht zu genießen.

Falsch ist auch der Eindruck, die verbleibenden Optionen seien sicherheitstechnisch

gleichrangig. Gerade Transporte hochradioaktiver Abfälle bedeuten ein zusätzliches, leicht vermeidbares, überflüssiges Risiko. Bei der Ahaus-Option geht es auch nicht darum, die Kugeln von einem unsicheren Lager in ein sicheres zu bringen: Trotz der „Härtung“ durch eine jüngst errichtete zusätzliche Betonmauer gilt das Zwischenlager in Ahaus noch immer als das am schlechtesten geschützte in ganz Deutschland (siehe auch Infografik auf Seite 24).

Außerdem basiert die finanzielle Kalkulation auf unrealistischen Annahmen. Denn ob der strahlende Müll bis zur Endlagerung in Ahaus bleiben kann, ist aus mehreren Gründen fraglich. So ist unklar, ob die Brennelementkugeln aus Jülich ohne vorherige Abreicherung und Konditionierung in ein Endlager können. Die Verfahren dafür müssten JEN und Forschungszentrum Jülich noch entwickeln. Den Bau einer Heißen Zelle, die für eine Behandlung der Abfälle nötig wäre, schließt ein Vertrag mit der Stadt Ahaus ausdrücklich aus. Die Kugeln müssten also womöglich erneut abtransportiert werden – wohin, ist völlig offen. Dieser Transport würde wiederum Risiken und Kosten verursachen, die bislang unter den Tisch fallen. Hinzu kommt, dass die Genehmigung für das Ahauser Zwischenlager 2036 ausläuft. Dass die Gefahr von Angriffen heute als höher eingestuft werden dürfte als bei der Erstgenehmigung 1996, müsste sich auch in den Sicherheitsanforderungen für eine Verlängerung widerspiegeln.

Nicht zuletzt hat die Stadt Ahaus 2017 gegen die Aufbewahrungsgenehmigung für den strahlenden Müll aus Jülich geklagt. Auch gegen eine Transportgenehmigung will sie gerichtlich vorgehen. Es stehen also durchaus nicht alle Ampeln Richtung Ahaus auf Grün.

Aktion

Protest sichtbar machen

Mit Plakaten und Transparenten kannst Du auf die drohenden Atommüll-Transporte aufmerksam und den Protest dagegen sichtbar machen. Kostenlose Bestellung auf [Seite 20](#) oder unter ausgestrahlt.de/shop

Info-Veranstaltungen

Was hat es mit den drohenden Castor-Transporten in NRW auf sich? Wie ist es um die Zwischenlagerung des hochradioaktiven Mülls in Deutschland bestellt? .ausgestrahlt hilft Dir, eine Info-Veranstaltung in Deiner Stadt zu organisieren und vermittelt Dir Referent*innen dafür. Bei Interesse schreib an helge.bauer@ausgestrahlt.de

Konzeptlos, gefährlich, überflüssig

Der Umgang mit dem Jülicher Atommüll ist symptomatisch für die deutsche Atommüll-Politik. Lange hat sie die Augen verschlossen vor der Tatsache, dass der gesetzliche Zeitplan, nach dem der Endlager-Standort 2031 feststehen sollte, unrealistisch war. Inzwischen ist immerhin offiziell, dass es länger dauern wird. Doch was in der Zwischenzeit mit dem hochradioaktiven Atommüll passieren soll, bleibt ungewiss. Wieder einmal wursteln sich die Verantwortlichen durch, ohne einen angemessenen Umgang mit diesem Problem zu finden. Ändert sich das nicht bald, wird man die Zwischenlager-Genehmigungen wohl stillschweigend verlängern oder einen genehmigungslosen Zustand tolerieren. Und das womöglich, ohne grundsätzliche Sicherheitsfragen zu klären.

Die Zeit drängt. Doch auch wenn Zeit- und Kostenfragen nicht irrelevant sind, muss die Sicherheit der Bevölkerung in der Atommüllfrage oberste Priorität haben. Deshalb fordert .ausgestrahlt gemeinsam mit vielen Anti-Atom-Initiativen, den geplanten Transport der Brennelementkugeln von Jülich nach Ahaus zu stoppen und stattdessen unverzüglich in Jülich ein neues, robustes Zwischenlager zu bauen, das heutigen Sicherheitsansprüchen genügt.

Darüber hinaus braucht es ein Gesamtkonzept zur Zwischenlagerung für die vielen Jahrzehnte, die noch vergehen werden, bis ein Endlager gefunden, gebaut und befüllt ist. Die Gesellschaft muss dieses Konzept mittragen, was unter anderem bedeutet, dass die Betroffenen auf Augenhöhe mitentscheiden dürfen – ganz anders als bisher. *Anna Stender*



Aufstand gegen die Kolonial-Kraft

Hintergrund | Die Putschisten in Niger stoppen die Uran-Exporte. Das könnte auch die französische Atomindustrie in die Bredouille bringen, die bis heute die Hand auf die Uranvorkommen in der ehemaligen französischen Kolonie hält

Niger gehört zu den großen Uranlieferanten der Welt, vor allem durch zwei Uranminen in Arlit im Norden des Landes. Die Stadt verdankt ihre Existenz einzig dem Uranvorkommen – und der Bedeutung, die der Rohstoff für Frankreichs Atomindustrie hat. Die Region war jahrhundertlang Heimat der Tuareg-Nomaden, die das Gebiet als Weide-, Wander- und Anbaugelände nutzten. Mit der Entdeckung von Uran im Jahr 1965 änderte sich das radikal. In den direkt nebeneinander liegenden Minen Arlit und Akokan fanden 25.000 Menschen an einem staubigen Ort Arbeit, wo zuvor praktisch nichts war.

Uran im Wert von zig Milliarden Dollar wurde seither im Niger gefördert. Doch das Land hat davon praktisch nichts: Es gehört zu den ärmsten der Welt und liegt beim Human Development Index der Vereinten Nationen auf dem

drittletzten Platz. 45 Prozent der Menschen leben unter der Armutsgrenze, jedes zweite Kind ist unterernährt, 1,7 Millionen der rund 25 Millionen Männer, Frauen und Kinder hungern.

Die Gründe dafür sind in der französischen Ausgabe des Uranatlas* ausführlich beschrieben: Niger wurde 1960 zwar offiziell als Staat selbstständig, aus der kolonialen Abhängigkeit ist das Land aber so gut wie nicht herausgekommen. Das begann bereits damit, dass Frankreich sich den Zugriff auf das nigrische Uran vertraglich zusichern ließ, bevor es der Unabhängigkeit seiner ehemaligen Kolonie zustimmte.

Staatliche Bergbaufirmen

Um die Uranlagerstätte in Arlit ausbeuten zu können, gründete Frankreich 1968 die staatliche Bergbaugesellschaft Société des Mines de l'Air (Somair). Niger hält bis heute nur 36 Prozent

Horst Hamm ist Journalist, geschäftsführender Vorstand der Nuclear Free Future Foundation und Projektleiter des **Uranatlas**. 2023 veröffentlichte er „Das unheimliche Element. Die Geschichte des Urans zwischen vermeintlicher Klimarettung und atomarer Bedrohung“.

der Anteile daran und musste dem Konzern vorteilhafte Steuerbestimmungen zugestehen. Die verbleibenden Anteile gehören der inzwischen verstaatlichten französischen Orano (früher Areva). Unter vergleichbaren Bedingungen entstand 1970 die Compagnie Minière d'Akouta (COMINAK), die für den Uranabbau im benachbarten Akokan zuständig ist.

Frankreich hat sich durch diese Beteiligungen über Jahrzehnte den Rohstoff für seine Atomkraftwerke gesichert. Der Großteil des in Niger geförderten Urans ging per Lkw ins 2.000 Kilometer entfernte Cotonou in Benin am Atlantischen Ozean und von dort per Schiff nach Marseille. Noch vor rund zehn Jahren deckte Niger rund 40 Prozent des französischen Uranbedarfs, im vergangenen Jahr – nach Schließung der ausgebeuteten Untertage mine in Akokan – war es noch knapp ein Viertel.

Doch seit August ist auch damit vorerst Schluss: Die neuen Machthaber haben ihren Putsch mit der schwierigen wirtschaftlichen Lage des Landes aufgrund der neokolonialen Ausbeutung begründet und den Export von Uran gestoppt. Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (Ecowas) hat zudem die Grenzen zu Niger geschlossen. Keine einzige Tonne Uran wird derzeit nach Cotonou transportiert. „Weil die Grenzen geschlossen sind, kommt kein Treibstoff mehr ins Land. Der ist aber nötig, um Uran abzubauen“, beschreibt der Anti-Uran-Aktivist Almoustapha Alhacen die Situation vor Ort.

In der Vergangenheit achtete die französische Regierung immer darauf, dass sich an den günstigen Uranlieferungen nichts ändert. Als Hamani Diori, der erste Präsident des neu gegründeten Staats Niger, bereits Anfang der 1970er Jahre von Frankreich beziehungsweise vom staatlichen Commissariat à l'énergie atomique forderte, den Uranpreis zu erhöhen, wurde er durch einen Militärputsch gestürzt. Der neue Diktator Seyni Kountché nahm bis zu seinem Tod 1987 mehr Rücksicht auf die französischen Uran-Interessen. Auch alle Nachfolger, ob nun demokratisch gewählt oder mit militärischer Gewalt ins Amt gekommen, blieben treue Verbündete der uranhungrigen früheren Kolonialmacht.

Dass Frankreich nun angekündigt hat, seine Truppen aus Mali abzuziehen, ist insofern ein neues Signal: dafür, dass es aktuell in Niger

militärisch nicht eingreifen will. Nichtsdestotrotz warf der Putsch Ende Juli sogleich die Frage der Uranversorgung der französischen AKW auf. Orano redete das Problem klein, betonte, dass ohnehin nur noch die Mine in Arlit in Betrieb sei und behauptete zunächst, es gehe alles seinen gewohnten Gang. Frankreichs Außenministerium beschwichtigte, dass Frankreich mit Uran aus Kanada, Australien und Kasachstan „extrem diverse Lieferketten habe“ und die Minen in „Niger nur vier Prozent der globalen Uranproduktion“ ausmachten. Laut Wirtschaftswoche hat die EU-Atomwirtschaft zudem „noch Uran für etwa drei Jahre eingelagert.“ Auch bei einem fortdauernden Exportstopp Nigers stünden die AKW in Frankreich und anderen EU-Ländern also nicht sofort ohne Brennstoff da.

Uranvorkommen Imouaren

Mittelfristig könnte der Putsch die französische Atomwirtschaft dennoch in Schwierigkeiten bringen. Orano hält 66 Prozent am Imouaren-Vorkommen 80 Kilometer südlich von Arlit. 217.000 Tonnen Uran lagern dort laut Uranatlas. Orano wollte in einigen Jahren im sogenannten In-Situ-Leaching-Verfahren jährlich 5.000 Tonnen Uran fördern, das entspricht rund zehn Prozent der derzeitigen weltweiten Fördermenge. Ob und wenn ja wann das Projekt nun startet, ist jetzt fraglich. Welch große Auswirkungen auf den Uranmarkt ein paar tausend Tonnen Uran mehr oder weniger im Jahr aber haben, zeigt ein Blick auf die Finanzmärkte: Der Uranpreis ist nach dem Exportverbot der nigrischen Militärs von 43 auf inzwischen 66 US-Dollar pro Pound gestiegen. Kein Wunder: Die weltweite Uranförderung liegt seit 2016 unter dem, was die AKW jährlich verbrauchen.

Manche Menschen in Niger dagegen verbinden mit dem Exportverbot von Uran neue Hoffnungen: „Derzeit ist der Abbau von Uran ein Desaster für Niger“, betont Almoustapha Alhacen, der selbst Jahrzehnte im Uranbergbau gearbeitet hat und viele seiner Kollegen an den Folgen der radioaktiven Belastung sterben sah. „Er ist ein ökonomisches und ökologisches Desaster, denn das Uran wird auf unkontrollierte Weise abgebaut. Man kann sogar von einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit sprechen. Wenn weiterer Abbau bedeutet, dass die

Verschmutzung so weitergeht wie bisher, dann ist es besser, damit aufzuhören.“

Aus den Minen in Arlit und Akokan wurden bislang rund 150.000 Tonnen Uran gefördert. Bei der geringen Erzkonzentration von 0,1 Prozent hinterließ der Bergbau 150 Millionen Tonnen zermahlene Gesteinsreste, die sämtliche Abbauprodukte von Uran enthalten und weitgehend ungeschützt unter freiem Himmel lagern. Wüstenstürme verteilen radioaktiven Staub großräumig und tragen ihn auch in die Häuser der Bergleute und ihrer Familien. Auch bei vier von fünf Trinkwasserproben, die Greenpeace vor einigen Jahren nahm, lag die Urankonzentration über dem von der WHO empfohlenen Grenzwert.

Ob in Niger weiterhin Uran abgebaut wird, ist ungewiss. Almoustapha Alhacen glaubt jedenfalls nicht, dass es der neuen Militärregierung gelingen wird, bessere Konditionen durchzusetzen. Der Anti-Uran-Aktivist wünscht sich zwar eine weitere Kooperation mit dem Westen, allerdings sollten dann die Menschen in Niger davon profitieren. Danach sieht es derzeit nicht aus. Orano hat die Produktion vor Ort auf unbestimmte Zeit gestoppt. Sollte sich der Konzern ganz aus Niger verabschieden, dürfte er sich erst recht nicht mehr für seine Altlasten dort verantwortlich fühlen.

Horst Hamm



Uranatlas

Den von .ausgestrahlt mit herausgegebenen Uranatlas kannst Du downloaden unter ausgestrahlt.de/uranatlas

Die französische Version mit speziell für Frankreich relevanten Aspekten findest Du unter nuclear-free.com/uranatlas

„Man verspricht uns goldene Straßen“

Porträt | Agnieszka Olszewska (45), lebt in Deutschland und Polen. Gemeinsam mit anderen Atomkraftgegner*innen von Bałtyckie-SOS wehrt sie sich gegen die Pläne der Regierung, an der polnischen Ostseeküste ein AKW zu errichten und damit in die Atomkraft einzusteigen



Foto: privat

„Sie wollen ein Atomkraftwerk bauen am schönsten Strand der Ostsee! Ein riesiger Wald soll dafür gerodet werden.“

Ich komme aus Polen und lebe teils dort und teils in Deutschland. Mit meinem Mann habe ich vor einigen Jahren ein Grundstück an der polnischen Ostseeküste gekauft. Wir wollten hier einen idyllischen, ökologischen Ort schaffen, für Tourist*innen und für Freund*innen. Doch im Dezember 2021 wurde bekannt, dass in Słajszewo, ein paar Kilometer von unserem Grundstück, ein Atomkraftwerk gebaut werden soll.

Dass ich Atomkraftgegnerin bin, hängt auch mit meinen Erfahrungen in Deutschland zusammen. Ich kann mich gut erinnern an die Castor-Transporte nach Gorleben. Und mein Mann, der Geologie studiert hat, war selbst in der Asse und in Gorleben. Das Thema war also präsent bei uns.

Als die AKW-Pläne bekannt wurden, habe ich mich gleich auf die Suche nach Gleichgesinnten gemacht. Dabei bin ich auf Leute gestoßen, die schon früher um diesen Ort hier gekämpft haben. Es ist ja schon das dritte Mal,

dass es Pläne gibt für ein Atomkraftwerk in der Region: In den 1970er und 1980er Jahren haben sie in Żarnowiec sogar angefangen zu bauen, aber das AKW wurde nicht fertiggestellt. 2010/11 ging es um

Lubiatowo-Kopolino, bei uns hier um die Ecke. Und jetzt also Słajszewo. Gemeinsam mit anderen haben wir Bałtyckie-SOS gegründet. Der Name zeigt, worum es uns geht: den Schutz der polnischen Ostseeküste vor der Atomkraft. Die Regierung und Polskie Elektrownie Jądrowe (PEJ), das Staatsunternehmen, das mit dem Bau von Atomkraftwerken beauftragt ist, sagen nämlich, dass die Ostsee als Standort am

besten geeignet sei, weil man das Wasser für die Kühlung brauche.

Zuerst haben wir uns am Strand von Lubiatowo getroffen, einige Kilometer von Słajszewo, und protestiert, fast jede Woche seit Februar 2022. Dann haben wir eine Website sowie Facebook- und Instagram-Accounts erstellt. Wir haben das Gespräch gesucht mit Politiker*innen und Umweltorganisationen und sogar im polnischen Senat gesprochen, der zweiten Kammer unseres Parlaments. Und wir reden mit den Menschen hier vor Ort, zeigen ihnen, was die Pläne für sie und für uns alle bedeuten. Das ist ja kein Supermarkt. Es muss eine ganze Infrastruktur entstehen, Straßen, Stromnetze ... Wir würden hier 20 Jahre lang auf einer Baustelle leben. Es wäre sieben Tage die Woche rund um die Uhr laut und schmutzig, und in der Nacht wäre alles beleuchtet. Ich habe Angst. Angst vor den Gefahren der Atomkraft. Aber auch davor, dass sie kommen, den Wald roden, anfangen zu bauen, und am Ende eine Industrieruine hinterlassen wie in Żarnowiec.

Die Leute hier sehen das sehr unterschiedlich. Man lebt hier ja schon sehr lange mit der Ungewissheit. Manchen ist das alles einfach egal. Andere gehen davon aus, dass die Pläne sowieso nicht realisiert werden. Wieder andere meinen, wenn hier ein Atomkraftwerk entsteht, werden wir „reich und hässlich“, wie unser Bürgermeister sagt. Man verspricht uns goldene Straßen und goldene Laternen, dass wir Jobs haben und von den Steuergeldern gut leben werden. Wir sagen, dass wir viel zu verlieren haben. Die Landwirte fürchten um ihre Lebensgrundlage. Und viele Menschen haben sich mit viel Herzblut eine Existenz aufgebaut im Tourismus. Wenn das AKW kommt, werden sie alles verlieren. Ich glaube nicht, dass noch

Tourist*innen kommen, wenn es mit der Ruhe vorbei ist.

Der Strand hier ist wunderschön, mit Sand wie Puderzucker und vielen seltenen Tierarten, Seeadlern, Kranichen, Eulen, Wölfen, Elchen. Sie wollen ein Atomkraftwerk bauen am schönsten Strand der Ostsee! Ein riesiger Wald soll dafür gerodet werden. Das ganze Gebiet rundherum ist Natura-2000-Schutzgebiet. Nur die 600 Hektar, die sie für das Atomkraftwerk roden wollen, gehören nicht dazu. Aber wenn ich da durch den Wald gehe, sehe ich keinen Unterschied zu dem im Naturschutzgebiet. Der Wald wurde zum Schutz der Dünen gepflanzt. Vor zwei Jahren gingen bei einem Herbststorkan zwei bis drei Meter Strand verloren, Bäume sind einfach umgestürzt. Ohne sie wird der feine Sand vom Wind einfach weggetragen. Wenn man diese Bäume jetzt fällt, wird das Atomkraftwerk irgendwann auf einer Insel stehen.

Baltyckie-SOS will dagegen klagen, dass man der Bevölkerung viel zu wenig Zeit gegeben hat, zu reagieren. Das Beteiligungsverfahren war jetzt im August, mitten in der Urlaubszeit. Es war viel zu kurzfristig angekündigt, viele wussten gar nichts davon. Und wer sich mit dem Thema nicht aktiv auseinandergesetzt hat, hat dazu keine Informationen bekommen. Deswegen werden wir jetzt klagen. Wie die Chancen sind, ist schwer zu sagen. Unser Verein tritt ja gegen den Staat und PEJ an, und die meinen, dass wir das AKW unbedingt brauchen. Ich habe das Gefühl, unsere Regierung macht sowieso, was sie will.

Viel Unterstützung bekommen wir nicht. PEJ hat viel Geld in die Gemeinden hier reingepumpt und als Atomkraftgegner*innen werden wir ein bisschen belächelt. Aber was PEJ hier ausgibt, sind unsere Steuergelder. Baltyckie-SOS finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden und bekommt Unterstützung von Professoren, von Umweltorganisationen und so weiter.

Sich auf diese Weise gegen staatliche Entscheidungen zu wehren, ist nicht einfach. Viele sagen: „Ihr seid gegen Polen.“ Nein, wir sind nicht gegen Polen und wir unterstützen alles, was eine Energieknappheit verhindert: Zum Beispiel entsteht gerade ein Offshore-Windpark mit neun Gigawatt, der bis 2030 in Betrieb gehen soll. Es gibt hier eine 300 Hektar große Photovoltaikanlage und ein Wasserkraftwerk, das man als Energiespeicher nutzen kann. Aber das Atomkraftwerk wollen wir verhindern.

„Die Regierung hat die Solarenergie mit neuen Gesetzen weniger attraktiv gemacht. Ähnlich ist es bei der Windenergie.“

Für die Energiewende hat unsere Regierung wenig getan, immer hat sie auf Kohle gesetzt. Jetzt plötzlich müssen sie was machen. Und dann planen sie ein Atomkraftwerk, mit dem sie die erneuerbaren Energien wieder ausbremsen.

Über eine Million Haushalte in Polen haben inzwischen Photovoltaik auf den Dächern. Doch jetzt hat die Regierung die Solarenergie mit neuen Gesetzen weniger attraktiv gemacht. Ähnlich ist es bei der Windenergie.

Wir sind der Meinung, dass wir Energieeffizienz brauchen, erneuerbare Energien, Energiespeicher und so weiter. Wir wollen den Menschen hier und auch unserem Bürgermeister zeigen, dass diese Gegend riesiges Potential hat, eine „grüne“ Gemeinde zu werden, mit Ökostrom, Tourismus und Landwirtschaft. Wir erklären den Menschen, dass sie mit Energieeffizienz Geld sparen können. Immer

mehr Leute stellen sich auf unsere Seite, das ist ein großer Erfolg. Unsere Gemeinde wirbt damit, eine „natürlich schöne Gemeinde“ zu sein, und die möchten wir für die nächste Generation erhalten – ohne Atomkraft. Das ist unser Ziel.

Neben der Arbeit mit Baltyckie-SOS setze ich mich mit anderen Pol*innen, die im Ausland leben, für erneuerbare Energien ein. Wir suchen immer nach Leuten, die bei uns Vorträge halten können, die uns unterstützen, indem sie ihre Erfahrungen aus anderen Ländern weitergeben. Polen sollte kein Atomkraftwerk bauen. Wir brauchen keine Atomkraft, und die Natur ist das Wertvollste, was wir haben. Der Wald ist unsere grüne Lunge. Klimaschutz, für den Atomkraftwerke gebaut werden und Wälder verschwinden, ist kein Klimaschutz.

Protokoll: Anna Stender, Bettina Ackermann
Mehr Infos: baltyckie-sos.com.pl



Das Original-Interview gibt's auch zum Hören: ausgestrahlt.de/podcast

Anzeige

EWS
Elektrizitätswerke
Schönau

Gemeinsam was bewegen!

ATOMSTROMLOS

KLIMAFREUNDLICH

BÜRGEREIGEN

Für eine nachhaltige Energieversorgung und Klimaschutz, gegen Atomkraft und Kohlestrom – als Genossenschaft verbinden die EWS bürgerschaftliches Engagement, Mitbestimmung und Dezentralisierung.

ews-schoenau.de

.ausgestrahlt-Shop

Da Engagement gegen Atomkraft keine Frage des Geldbeutels sein soll, ist das gesamte Sortiment des .ausgestrahlt-Shops kostenlos erhältlich. .ausgestrahlt übernimmt sogar Deine Versandkosten. Wir freuen uns, wenn Du die Herstellung des Materials mit einer solidarischen Spende unterstützen kannst. Bestellung nur online – da gibt's auch das volle Sortiment zu sehen: ausgestrahlt.de/shop

ATOMFABRIK LINGEN SCHLIEßEN

Unterschriftenliste

„Atomfabrik Lingen: Kein Deal mit Rosatom“

Mit Platz für 12 Unterschriften

A4, doppelseitig – M-320-0



Hintergrund-Info „Atomfabrik Lingen“

Fragen und Antworten zum geplanten Ausbau der Brennelementfabrik Lingen unter Beteiligung des russischen Staatskonzerns Rosatom

A5, vierseitig – M-320-02



KLIMA UND ATOM

Broschüre „Irrweg in der Klimakrise“

Warum Atomkraft keine Antwort auf den Klimawandel ist.

A6, 40 Seiten – V-309-04



Flyer „Atomkraft ist kein Klimaretter“

Warum Atomkraft keine Antwort auf den Klimawandel ist.

DIN lang, zweiseitig – M-309-19



Aufkleber „Weg mit Kohle, Gas, Atom – Erneuerbar ist unser Strom!“

Wetterfest, 8 x 10 cm – V-309-03



Transparent „Stoppt Fossile UND Atom – ERNEUERBAR ist unser Strom!“

Wetterfest, mit Tunneln zum Einstecken von Stäben an den Seiten

und Ösen in den vier Ecken.

250 x 70 cm – V-309-01



ATOMMÜLL

NEU: Plakat „Atom Müll-Transporte stoppen“

A3, einseitig – M-302-553

NEU: Transparent „Atom Müll-Transporte stoppen“

Wetterfest, mit Tunneln an den Seiten zum Einstecken von Stäben und Ösen in den vier Ecken.

300 x 60 cm – M-302-56



NEU: Flyer „Jahrhundert-Lager“

Aus Zwischenlagern werden Langzeitlager. Die Zwischenlagerung des hochradioaktiven Atommülls wird sehr viel länger dauern, als ursprünglich behauptet. Überarbeitete Neuauflage

DIN lang, achtseitig – M-302-42



AKW AUS – UND DOCH NOCH VIEL ZU TUN

Flyer „Gemeinsam gewonnen – und noch viel zu tun“

Warum das Abschalten der AKW ein vielfacher Erfolg und das Atom-Thema dennoch nicht vom Tisch ist

DIN lang, vierseitig – M-310-23



Aufkleber „Atomkraft? Nie wieder!“

Wetterfest, Ø 11 cm – M-123-03



Aufkleber „Gemeinsam gewonnen“

Wetterfest, 20,5 x 5,8 cm – M-123-04



.ausgestrahlt

Flyer „.ausgestrahlt braucht Deine Unterstützung“

Du willst Freund*innen und Bekannte dafür gewinnen, .ausgestrahlt finanziell zu unterstützen? Dieses Falblatt liefert gute Argumente!

DIN lang, sechsseitig – M-222-01



.ausgestrahlt-Magazin Nr. 59

Zum Auslegen und Verteilen.

A4, 24 Seiten – M-121-59



Gemeinsam gegen Atomenergie.

Jetzt .ausgestrahlt fördern!



Es ist noch nicht vorbei

Aufruf | Gemeinsam gegen Atomenergie. Jetzt .ausgestrahlt fördern!

So großen Zuspruch für Atomenergie gab es schon seit Jahrzehnten nicht mehr.

Wer dieser Tage in die Medien schaut, sieht sich konfrontiert mit einer Vielzahl von Artikeln, Kommentaren und Leser*innenbriefen, die Atomkraft befürworten. Politiker*innen gehen mit dem Thema erneut auf Stimmenfang, schüren Ängste vor der Energiewende, argumentieren mit falschen Zahlen und fabulieren sogar vom Wiederanfahren abgeschalteter Meiler. Sie verbreiten Märchen über neue angebliche Wunder-Reaktoren und wollen mehr Geld in dubiosen nuklearen Forschungsprojekten versenken. Und sie säen Zweifel am Atomausstieg.

Es ist noch nicht vorbei.

Noch vor wenigen Monaten glaubten viele Anti-Atom-Aktive, das Thema sei nun – nach jahrzehntelangem Kampf – mit dem Abschalten der letzten AKW in Deutschland endlich, endlich erledigt. Aber die Arbeit für .ausgestrahlt wird nicht weniger. Das zeigen der erneute Medien-Hype um Atomkraft und die Angriffe auf die Energiewende ebenso wie die vielen ungelösten Fragen rund um das Menschheitsproblem Atommüll, die mächtige Pro-Atom-Allianz in der EU, die schmutzigen Deals der deutschen Atomindustrie, die fortgesetzte Brennelemente-Produktion in Niedersachsen, die Debatte um nuklearen Wasserstoff, die Pläne für überflüssige und gefährliche Castor-Transporte im nächsten Frühjahr ... Bis das Atomzeitalter endlich Geschichte ist, bleibt noch viel zu tun.

Deshalb braucht es auch weiterhin eine starke Anti-Atom-Organisation.

Wenn der Traum von einer Energieversorgung aus 100 Prozent Erneuerbaren Wirklichkeit werden soll, müssen wir den Atomausstieg überzeugend verteidigen und die Energiewende massiv vorantreiben. Dazu braucht es Menschen mit Engagement und Expertise – dazu braucht es .ausgestrahlt! Aber genauso dringend braucht es Menschen, die mit ihrem finanziellen Beitrag einen solchen Einsatz überhaupt erst möglich machen.

Kannst Du helfen, dass .ausgestrahlt sich weiter für eine Welt ohne Atomenergie stark macht?

Du findest auch, dass es .ausgestrahlt gerade in dieser Situation weiter braucht. Du möchtest die Anti-Atom-Arbeit von .ausgestrahlt regelmäßig fördern und damit auf ein sicheres finanzielles Fundament stellen? Regelmäßige Beiträge helfen uns besonders, da wir damit längerfristig planen können. Schon mit 5 Euro monatlich leistest Du einen wichtigen Beitrag: damit .ausgestrahlt, die einzige bundesweit tätige Anti-Atom-Organisation, dem Pro-Atom-Geschwurbel weiter Fakten und Analysen entgegensetzen, Aufklärungs- und Pressearbeit leisten, Publikationen und Ausstellungen entwickeln, Veranstaltungen und Aktionen planen kann. Daneben winkt Dir ein doppeltes Dankeschön – siehe rechts: Geschenk und Teilnahme an der Verlosung.

Carolin Franta

Du möchtest .ausgestrahlt zukünftig fördern? Nutze den beiliegenden Rückmeldebogen oder gehe auf ausgestrahlt.de/foerdern



Geschenk!

Wer .ausgestrahlt mit mindestens 10 Euro/Monat neu fördert oder die bisherige Unterstützung erhöht, bekommt ein Dankeschön:

• **Buch „Schockwellen: Letzte Chance für sichere Energien und Frieden“** von Claudia Kemfert
oder

• **Anti-Atom-Fahne,**

mittlere Größe. Geeignet sowohl für die nächste Demo als auch für Balkon und Fenster.



Gewinn!

Alle neuen Förder*innen und alle, die ihren bisherigen Beitrag erhöhen, nehmen zudem an einer Verlosung teil:

• **5 × 1 Kappe** und **5 × 1 Tasche** von **Patagonia,**

• **2 × 1 Gutschein** von **Werkhaus** über 50 Euro, gültig für Bestellungen ab 50 Euro, einlösbar bis 31.10.2024 unter werkhaus.de/shop

• **2 × 1 Gutschein für Ökostrom** von den **Elektrizitätswerken Schönau**

(EWS) im Wert von 200 Euro, nur anrechenbar auf EWS-Stromrechnung

• **1 × 1 Gutschein für 2 Nächte im wendländischen Bio-Hotel „Keners Landlust“**, 2 Pers., HP, außerhalb der Ferienzeiten, Anreise auf eigene Kosten.

Teilnahmebedingungen (Verlosung):

Teilnahmeberechtigt sind Personen ab 18 Jahren, die bis zum 4.1.2024 Neuförder*innen werden oder ihren bisherigen Förderbeitrag erhöhen. Mitarbeitende von .ausgestrahlt sind ausgeschlossen. Die Teilnahme ist per Brief, Fax oder unter ausgestrahlt.de/foerdern möglich. Einsendeschluss: 4.1.2024. Die Preise werden ausgelost und an die Gewinner*innen übermittelt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Veranstalter: .ausgestrahlt e.V.

Hinweise zum Datenschutz:
ausgestrahlt.de/datenschutz

.ausgestrahlt dankt für die gespendeten Verlosungsgeschenke!



Fotos: Sarah Laht

Gegenwind für Uranimporte und Atomfabrik

Ungeachtet des Kriegs gegen die Ukraine bezieht die Brennelemente-Fabrik Lingen bis heute regelmäßig Uran vom russischen Staatskonzern Rosatom. Alle paar Wochen rollt eine neue Lieferung aus Russland ins Emsland. Ende Mai aber läuft, wie *.ausgestrahlt* aufdeckt, die bisherige Genehmigung für die Urantransporte aus. Initiiert von *.ausgestrahlt* fordern Tausende Atomkraftgegner*innen Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und dessen Staatssekretär Sven Giegold per E-Mail dazu auf, das Urangeschäft mit Russland endlich zu unterbinden und keine neuen Genehmigungen für weitere Uranimporte von dort zu erteilen. Ein Stopp der Uranlieferungen aus Russland würde nicht nur die Brennelemente-Produktion in Lingen behindern und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Atomfabrik vergrößern, sondern auch die Pläne zum Ausbau der Anlage in Frage stellen. Giegold bekräftigt in einer öffentlichen Antwort, dass die Bundesregierung EU-Sanktionen auch gegen Rosatom befürworte. Allerdings lässt die EU den russischen Atomsektor bis heute komplett unbehelligt – siehe Seite 8/9. Als *.ausgestrahlt* Anfang September enthüllt,

dass das Atommüll-Bundesamt still und leise 40 weitere Urantransporte aus Russland nach Lingen genehmigt hat, sorgt dies bundesweit für Schlagzeilen.

Drei Fragen, drei Schläge

Spielerisch ihr Wissen um die Brennelemente-Fabrik Lingen erweitern können die Besucher*innen des *.ausgestrahlt*-Infostands auf dem Evangelischen Kirchentag in Nürnberg vom 8. bis 10. Juni. Plakate informieren über die Bedeutung der Uranfabrik im Emsland und über ihren geplanten Deal mit dem russischen Atomkonzern Rosatom: In einer Kooperation mit diesem will sie ihre Produktion sogar noch ausweiten. Viele Interessierte sowie *.ausgestrahlt*-Freund*innen und -Förder*innen nutzen die Gelegenheit zu einem Gespräch. Und Hunderte von Anti-Atom-Bändchen zieren am Ende die Handgelenke insbesondere der zahlreichen jugendlichen Besucher*innen.

Seiten 6–11 und [ausgestrahlt.de/keine-geschaefte-mit-rosatom](https://www.ausgestrahlt.de/keine-geschaefte-mit-rosatom)

Protest gegen Verschiebe-Wahnsinn

Mehr als 100 Menschen protestieren am 20. August in der Ahauser Innenstadt gegen die geplanten Transporte von 152 Castoren mit hochradioaktivem Müll von Jülich nach Ahaus. Statt gefährlichen Müll von einem ungeeigneten Ort zum andern zu karren, muss endlich, wie seit Jahren geplant, ein allen aktuellen Sicherheitsanforderungen genügendes Lager in Jülich entstehen. Dort muss der Müll bleiben, bis ein Endlager für ihn gefunden und er in endlagerfähige Form gebracht worden ist. Transportiert werden muss er erst dann – und nur ein einziges Mal. *.ausgestrahlt* hat zu den Protesten gegen die drohende Castor-Lawine mit aufgerufen, diese bekannt gemacht und bereitet gemeinsam mit anderen Anti-Atom-Initiativen weitere Aktionen dazu vor.

Seite 14/15 und [ausgestrahlt.de/west-castor](https://www.ausgestrahlt.de/west-castor)



Foto: Heide Bauer



Foto: .ausgestrahlt

Streiken fürs Klima

Fridays for Future rufen zum globalen Klimastreik am 15. September auf – .ausgestrahlt ist als Unterstützer und aktiv vor Ort dabei. Das Festhalten an und der Hype um Atomkraft blockieren den Kampf gegen die Klimakrise. Atomausstieg, Energiewende und Klimaschutz gehören zusammen!

10 Jahre Endlagersuche

Zehn Jahre nach dem „Neustart“ der Standortsuche für ein tiefegeologisches Lager, in dem die hochradioaktiven Hinterlassenschaften der Atomkraftnutzung von der Biosphäre dauerhaft isoliert werden sollen, zieht .ausgestrahlt Bilanz: Das Suchverfahren wird den gesetzlichen Ansprüchen bisher nicht gerecht. Es missachtet wissenschaftliche Anforderungen, findet zu großen Teilen ohne wirksame öffentliche Kontrolle statt und speist selbst interessierte Bürger*innen mit Schein-Beteiligungs-Formaten ab. Die staatlichen Akteure verspielen damit das Vertrauen, dass der Standort, der am Ende herauskommt, tatsächlich der am wenigsten ungeeignete Standort ist. .ausgestrahlt warnt: Ändert sich nichts, wird die Suche erneut vor die Wand fahren.

[ausgestrahlt.de/presse/uebersicht/](https://www.ausgestrahlt.de/presse/uebersicht/)

[10-jahre-atommüll-endlager-suche-aus-der-vergangen/ausgestrahlt.de/blog/2023/07/13/standortsuche-im-nebel/](https://www.ausgestrahlt.de/blog/2023/07/13/standortsuche-im-nebel/)

Offener Brief an die polnische Regierung

28 Umweltschutzorganisationen aus 11 Ländern, darunter .ausgestrahlt, kritisieren in einem offenen Brief das Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren für das in der Nähe von Danzig geplante erste polnische Atomkraftwerk. Die vorgeschriebene Öffentlichkeitsbeteiligung läuft nur vom 20. Juli bis zum 18. August – mitten in den Sommerferien – und wurde erst wenige Tage vorher angekündigt. Das Vorgehen soll offensichtlich Einwendungen gegen den AKW-Neubau verhindern.

Seite 18/19

Aus den Tanks und aus dem Sinn?

Am 24. August beginnt Tepco radioaktiv verseuchtes Kühlwasser aus dem havarierten AKW in Fukushima in den Pazifik einzuleiten. .ausgestrahlt kritisiert den Missbrauch des Ozeans als radioaktive Müllkippe und weist in einer Pressemitteilung darauf hin, dass die geschmolzenen Brennstäbe bis heute mit Wasser gekühlt werden müssen und dazu noch immer Regen und Grundwasser in die havarierten Reaktoren eindringt. Die Menge verstrahlten Wassers steigt damit täglich an. Eine Bergung der Reaktorkerne ist auf Jahrzehnte nicht in Sicht.

[ausgestrahlt.de/presse/uebersicht/fukushima-verklappung-verschleiert-fortdauernde-ka/](https://www.ausgestrahlt.de/presse/uebersicht/fukushima-verklappung-verschleiert-fortdauernde-ka/)

Protest gegen nuklearen Wasserstoff

Die Fortschreibung der nationalen Wasserstoff-Strategie beschließt die Bundesregierung am 26. Juli.

.ausgestrahlt fordert: Wasserstoff muss aus erneuerbaren Energiequellen hergestellt werden und darf keinesfalls als Deckmantel für neue Atomkraft-Förderungen herhalten! [ausgestrahlt.de/themen/europa-und-atom/wasserstoff-aus-atomstrom/](https://www.ausgestrahlt.de/themen/europa-und-atom/wasserstoff-aus-atomstrom/)



Foto: Sitara Ambrosio

Pour une Europe sans nucléaire

Mit Anti-Atom-Fahnen und zweisprachigem Banner empfangen Atomkraftgegner*innen am 9. Oktober die Regierungschefs und Minister*innen von Frankreich und Deutschland, die sich zu einer gemeinsamen Kabinettsklausur in Hamburg eingefunden haben. Frankreich versucht auf EU-Ebene an allen Ecken und Enden günstige Bedingungen für Atomkraft durchzusetzen. Die Forderung, die .ausgestrahlt und das französische Atomausstiegs-Netzwerk „Sortir du nucléaire“ den Regierenden entgegenhalten, lautet: „Für ein Europa ohne Atomkraft“.

[ausgestrahlt.de/presse/uebersicht/bei-macron-besuch-franzosisch-deutscher-anti-atom/](https://www.ausgestrahlt.de/presse/uebersicht/bei-macron-besuch-franzosisch-deutscher-anti-atom/)

Atommüllkonferenz

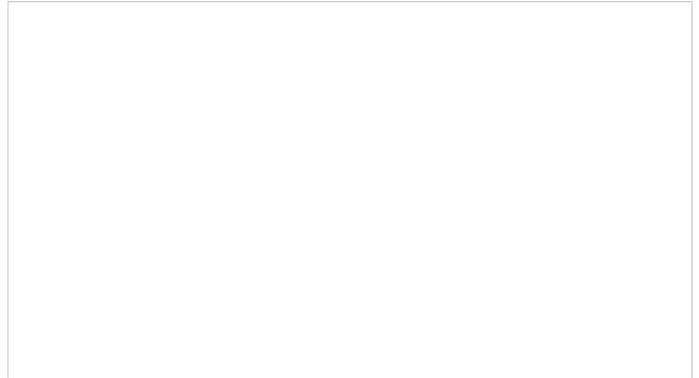
Austausch und gemeinsame Planungen zu den Themen Urananreicherung, Brennelemente-Produktion und Langzeit-Zwischenlagerung von Atommüll sind Themen auf der 23. Atommüllkonferenz am 7. Oktober in Göttingen. .ausgestrahlt ist Mitorganisator.



Foto: privat

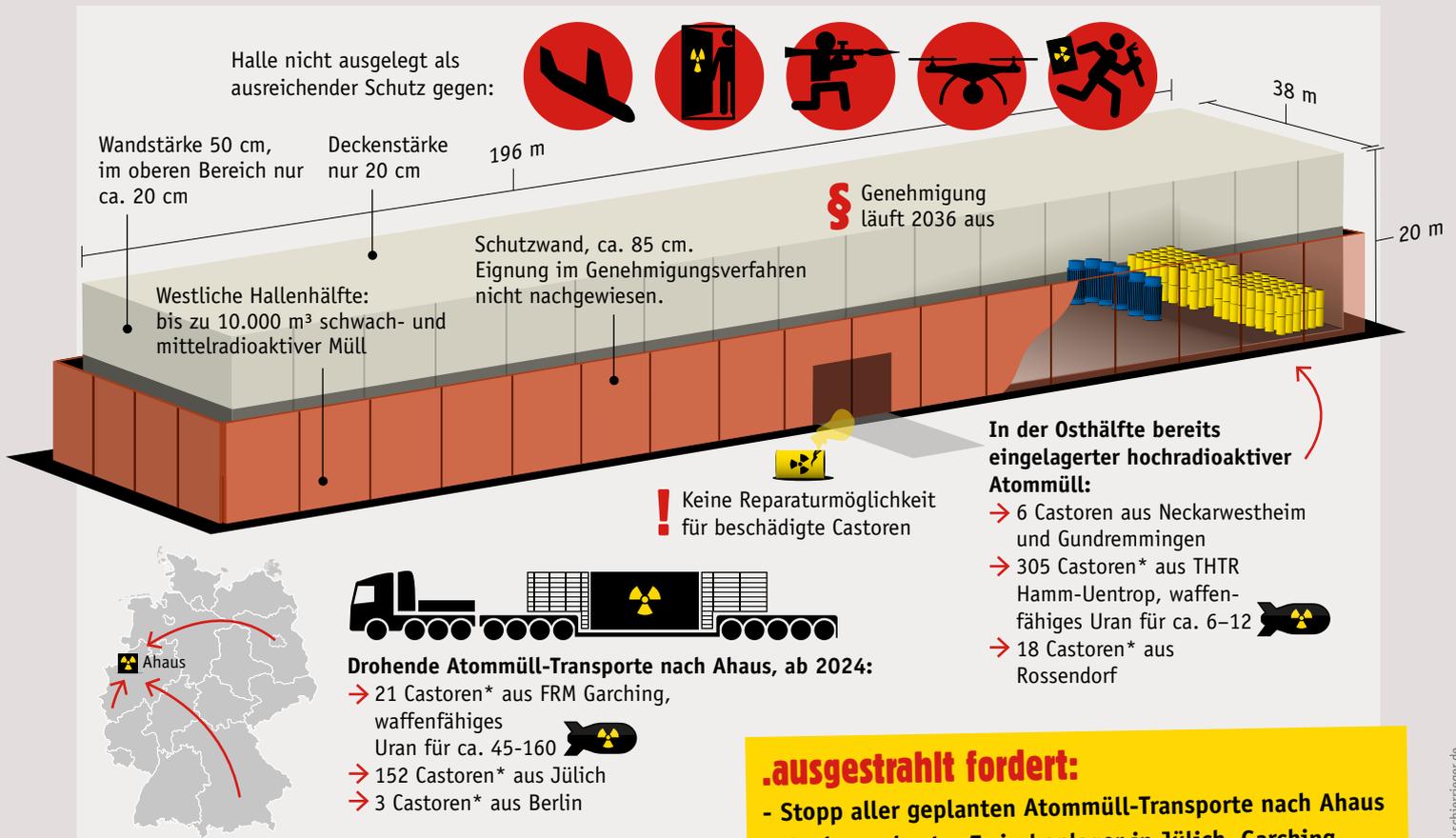
„Ich unterstütze .ausgestrahlt, weil das Atommüll-Problem und auch die Pläne unserer europäischen Nachbarn weiter eine kritische Begleitung benötigen.“

Armin Knust, Vaihingen



Castor-Transporte ins Zwischenlager Ahaus

Infografik | Um die 180 Castor-Behälter mit hochradioaktivem Atommüll könnten ab 2024 nach Ahaus rollen – in das am schlechtesten geschützte Zwischenlager Deutschlands



Mehr Infos: ausgestrahlt.de/zwischenlager

*kleineres Format, unterschiedliche Behältertypen je nach Reaktor

.ausgestrahlt fordert:

- Stopp aller geplanten Atommüll-Transporte nach Ahaus
- Neubau robuster Zwischenlager in Jülich, Garching und anderswo
- Gesellschaftlich akzeptiertes Konzept für möglichst sichere Langzeit-Zwischenlagerung (~ 100 Jahre)